

4. Parteitag der CDU Deutschlands

**Wir sichern
Deutschlands Zukunft**

12.-14. September 1993 · Berlin

Bericht der Bundes- geschäftsstelle

Anlage zum Bericht des Generalsekretärs





**4. Parteitag der CDU Deutschlands
12.-14. September 1993, Berlin**

Bericht der Bundesgeschäftsstelle

**Anlage zum Bericht
des Generalsekretärs**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	5
I. Grundsatzprogramm-Diskussion	7
II. Parteigremien	9
1. Präsidium	9
2. Bundesvorstand	9
3. Bundesausschuß	10
4. Landesgeschäftsführerkonferenz	10
III. Bundesgeschäftsstelle	11
1. Kommissionen des Bundesvorstandes	11
1.1 Grundsatzprogramm-Kommission	11
1.2 Kommission „Politik für die Ballungsräume“	11
1.3 Agrarkommission	11
1.4 Bildungspolitische Kommission	11
1.5 Kommission „Innere Sicherheit“	11
1.6 Wirtschaftskommission	12
1.7 Kommission „Neuregelung des § 218 StGB“	12
1.8 Kommission „Staatsangehörigkeitsrecht“	12
1.9 Bundesfinanzkommission	13
2. Bundesfachausschüsse	13
3. Kongresse/Aktionen/Öffentlichkeitsarbeit	18
3.1 Bundeswehr-Forum, Bonn, 12. November 1992	18
3.2 Bildungspolitischer Kongreß, Wiesbaden, 4./5. März 1993	18
3.3 Medienpolitisches Forum, Bonn, 25. März 1993	18
3.4 3. Umweltforum und Umweltbeauftragtenkonferenz, Bonn, 28. Mai 1993	19
3.5 Fachtagung „Recht sichert die Freiheit“, Schwerin, 19. Juni 1993	19
3.6 Fachkongreß „Gesund durch Sport im Alter“, Bonn, 21. Juni 1993	19
3.7 Grundsatzprogramm-Kongreß, Bonn, 25./26. Juni 1993	20
3.8 Aktion „Wir machen uns stark für Europa“	20
3.9 „Eine-Welt-Aktion '93“	20
3.10 Aktion zur Asylpolitik „Liebe SPD-Mitglieder!“	21
3.11 Aktionstage Agrarpolitik	21
3.12 Aktionstage Wirtschaftspolitik	21
3.13 Aktion Mitgliederwerbung	22
3.14 Herbstaktion in den neuen Bundesländern	22
3.15 „Union in Deutschland“ (UiD)	23
3.16 „Entscheidung '94“	23
3.17 Union Magazin	23
3.18 Sonstige Publikationen	23
4. Pressearbeit	24

	Seite
5. Organisation	25
5.1 Neue Verwaltungs-Software	25
5.2 Elektronisches Kommunikations-System	25
5.3 DATEX-J-Erprobungsphase	25
5.4 Organisation der CDU in den neuen Landesverbänden	25
5.5 Schulungen für Hauptamtliche	26
5.6 Organisationshandbuch	26
5.7 Besuchergruppen	26
IV. Die Mitgliederentwicklung in der CDU	27
V. Politischer Arbeitskalender	28
Anhang:	
– Neue Informations- und Werbematerialien	36

Vorwort

Der vorliegende Bericht gibt Auskunft über die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle zwischen dem 3. Parteitag der CDU in Düsseldorf (26. bis 28. Oktober 1992) und dem 4. Parteitag in Berlin. Er führt damit in das zeitliche Vorfeld des Wahlmarathons, der uns im Jahr 1994 die Kraftanstrengung von nicht weniger als 18 Wahlen abfordern wird.

Die Vorbereitung auf die kommenden Wahlkämpfe bildet dementsprechend das Leitmotiv, das die Aktivitäten der Bundesgeschäftsstelle im Berichtszeitraum zunehmend bestimmt hat – und künftig vorrangig bestimmt. Die CDU wird erfolgreich sein als eine moderne, offene und bürgernahe Volkspartei, die auf dem Fundament fester Überzeugungen neue Entwicklungen aufgreift und Antworten sucht für die Fragen von morgen. Die vielfältigen Ansätze zu einer inhaltlichen und organisatorischen Erneuerung unserer Partei bilden den eigentlichen Schlüssel zum Wahlerfolg.

Mit den inhaltlichen Schwerpunkten ihres Arbeitsprogramms hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle die Themen vorbereitet, die im Wahlkampf eine herausragende Rolle spielen werden: Mit den Diskussionen um den Wirtschaftsstandort Deutschland – und damit um die wirtschaftliche und soziale Zukunft der Bürger –, um die Innere Sicherheit und die internationale Verantwortung Deutschlands greift die CDU die Fragen auf, die die Menschen bewegen.

Die Wahlen des Jahres 1994 werden sich nicht zuletzt daran entscheiden, wem die Bürger in einer Zeit tiefgreifender Umbrüche politische Führung zutrauen. Die CDU tritt an, um die Zukunft Deutschlands zu sichern, um Stabilität zu bewahren in einer Zeit dramatischer Veränderungen. Dazu gehören die Fähigkeit, den Wandel schöpferisch zu gestalten, und die Kraft, einen eingeschlagenen und als richtig erkannten Kurs auch gegen Widerstände durchzuhalten.

Die Diskussion um das neue Grundsatzprogramm schärft auch vor diesem Hintergrund das inhaltliche Profil der CDU; zugleich weist sie aber weit über das Jahr 1994 hinaus auf die Tagesordnung der Zukunft. Die Bundesgeschäftsstelle hat die Grundsatzprogramm-Diskussion in den Parteigliederungen auf vielfältige Weise gefördert und begleitet; einen Markstein bildete dabei der Grundsatzprogrammkongreß im Juni diesen Jahres in Bonn.

Die inhaltliche Erneuerung muß durch die Modernisierung und Intensivierung der Parteiarbeit ergänzt werden. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat in den vergangenen Monaten Modell- und Pilotprojekte er-

probt, die vor allem die politische Ansprache von jungen Leuten und Frauen verbessern sollen. Die Ergebnisse haben sich niedergeschlagen in umfangreichen neuen Materialien zur Mitgliederwerbung. Die Landes-, Kreis- und Ortsverbände sind aufgerufen, diese Anregungen in eine breite Mitgliederwerbaktion einmünden zu lassen und so dazu beizutragen, die Defizite in unserer Mitgliederstruktur zu beseitigen.

Auch die Parteiarbeit kann sich dem technologischen Wandel in der Arbeitswelt – insbesondere im Bereich der EDV-gestützten Kommunikation – nicht verschließen. Im politischen Wettbewerb hat die schnelle, tagesaktuelle Information und Argumentation erheblich an Bedeutung gewonnen. Mit dem Aufbau eines dem Stand der heutigen Technik entsprechenden Kommunikationssystems der CDU hat die Bundesgeschäftsstelle die Weichen gestellt für moderne Formen der politischen Kommunikation. Der zunehmende Einsatz von Computern eröffnet ganz neue Möglichkeiten, gerade auch in der ehrenamtlichen Parteiarbeit – die für uns nach wie vor Leitbild ist und bleibt – mit professionellen Standards mitzuhalten. Die Bundesgeschäftsstelle wird den Gliederungen umfassende Hilfen anbieten, die alltägliche Parteiarbeit durch den Einsatz moderner Kommunikations-Technologien effizienter zu gestalten.

Ein besonderes Augenmerk gilt dem Aufbau der CDU in den neuen Bundesländern. Hier sind erhebliche Fortschritte erzielt worden; gerade auch die organisatorische Neustrukturierung der Parteigliederungen ist gut vorangekommen. Nach wie vor aber stellt die schwierige Übergangssituation auch die CDU in den neuen Ländern vor erhebliche zusätzliche Anforderungen. Umso größere Bedeutung muß dem Erfolg der „Wochen der CDU“ beigemessen werden, die von den neuen Landesverbänden mit großem Engagement durchgeführt wurden. In über 90 % der östlichen Kreisverbände fanden rund 800 Veranstaltungen statt. Damit wurde ein Maßstab gesetzt, an dem sich die Gliederungen in ganz Deutschland messen lassen müssen.

Einmal mehr hat sich gezeigt: Dort, wo wir auf die Bürger zugehen, sind sie auch bereit, sich von uns ansprechen zu lassen; wo eine Gliederung der Partei aktiv wird, stößt sie auch auf Resonanz. Der offene, engagierte Dialog mit den Bürgern bleibt die wichtigste Grundlage für den Wahlerfolg.

Der vorliegende Bericht kann nur einen Ausschnitt aus der täglichen Arbeit der Bundesgeschäftsstelle zeigen. Seit der Wiedergewinnung der deutschen

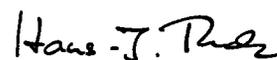
Einheit sind die Anforderungen an die Bundesgeschäftsstelle beständig gewachsen; sie werden mit dem Superwahljahr 1994 einen neuen Höhepunkt erreichen. Vor diesem Hintergrund gebührt den Mitarbeitern der CDU-Bundesgeschäftsstelle um so größerer Dank für ihre außergewöhnliche Leistungsbereitschaft, ihre hohe Motivation und ihre fachliche Kompetenz. Stellvertretend für sie soll an dieser Stelle Wilhelm Staudacher genannt werden, der bis

zum April dieses Jahres mit herausragendem Einsatz für die Ideale der CDU als Bundesgeschäftsführer wirkte.

Der Dank gilt zugleich den vielen ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern in den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden. Sie sind das eigentliche Herz der Parteiarbeit. Ohne ihr Engagement wäre unser gemeinsamer politischer Erfolg nicht möglich.



Peter Hintze
Generalsekretär



Hans-Joachim Reck
Bundesgeschäftsführer

I. Grundsatzprogramm-Diskussion

1. Seit Anfang dieses Jahres diskutiert die CDU auf allen Ebenen den Entwurf für das neue Grundsatzprogramm. In den Landesverbänden haben sich auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene sowie in den Vereinigungen Kommissionen gebildet, die sich intensiv mit dem Grundsatzprogramm-Entwurf auseinandersetzen. Inzwischen liegen zahlreiche Vorschläge, kritische Stellungnahmen und Anregungen vor. Die Programmdiskussion bildet in diesem Jahr einen Schwerpunkt der Parteiarbeit.

Besonders begrüßenswert ist aber auch, daß viele Nichtmitglieder sich von der Programmdiskussion angesprochen fühlen und sich äußern. In einer „direct-mailing-Aktion sind Vertreter von Verbänden, Gewerkschaften, Gruppen und Institutionen angeschrieben und um ihre Stellungnahme gebeten worden. Dazu gehören auch Repräsentanten der Kirchen, der Forschung und Wissenschaft, der Medien, der Familienverbände, der Wirtschaftsverbände, der sozialen Organisationen, der Umweltverbände sowie außenpolitische Experten. Der Diskussionsentwurf hat eine erfreulich breite Resonanz gefunden: Sowohl die Tatsache der Programmdiskussion als auch die Zielrichtung des Textentwurfs werden weitgehend begrüßt.

Das Bedürfnis nach einer Standortbestimmung ist offensichtlich in der CDU wie auch in der Öffentlichkeit groß. Mit der Fortschreibung des Ludwighafener Grundsatzprogramms von 1978 nehmen wir die Chance wahr, unsere historischen Wurzeln und geistigen Grundlagen darzulegen und sie zugleich fruchtbar zu machen angesichts der neuen Herausforderungen in der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, der Innen- und Sozialpolitik, für die neue Rolle Deutschlands in der Welt und die globale Aufgabe der Bewahrung der Schöpfung.

Nach der ersten Diskussionsphase werden die zahlreich eingegangenen Anmerkungen in die Überarbeitung des Entwurfs einbezogen. Nach Vorlage des Antrages des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag haben die antragsberechtigten Gliederungen der CDU in einer zweiten Diskussionsphase erneut Gelegenheit zu Änderungs- und Ergänzungsanträgen, über die der Programm-Parteitag vom 21.-24. Februar 1994 in Hamburg abschließend entscheiden wird.

2. Am 25. und 26. Juni 1993 fand im Bonner Konrad-Adenauer-Haus der Grundsatzprogramm-Kongreß „Freiheit und Verantwortung“ statt. Wissenschaftler Vertreter von Wirtschaft und Gesellschaft, Repräsentanten der Kirchen und Verbände sowie Gäste aus dem Ausland waren eingeladen. Über 800 Personen aus allen Bereichen des öffent-

lichen Lebens und aus der Partei nahmen an dem Kongreß teil.

Bundeskanzler Helmut Kohl sprach über Grundlagen und Grundsätze christlich-demokratischer Politik. In seiner Rede hob der Parteivorsitzende hervor, daß sich die CDU als erste Partei in Deutschland nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ein gesamtdeutsches Grundsatzprogramm gibt. Der Entwurf sei eine organische Weiterentwicklung, Aktualisierung, Präzisierung und Ergänzung der im Ludwighafener Grundsatzprogramm niedergelegten Grundpositionen. Die CDU wolle „die Tugenden des Bürgersinns und der Verantwortung für das Ganze wieder stärker zur Geltung bringen“ und „Leistung wieder höher bewerten als Ansprüche“. Die Debatte über das Grundsatzprogramm sei gerade heute von elementarer Bedeutung für die ganze Gesellschaft. In der anschließenden Podiumsdiskussion zum „C“ der CDU stellten sowohl der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, als auch der Dresdener Landesbischof Johannes Hempel und Dr. Renate Köcher vom Institut für Demoskopie in Allensbach heraus, daß insbesondere die christlichen Wertgrundlagen für das Zusammenleben in einer humanen Gesellschaft unverzichtbar sind. Es bestand Einigkeit sowohl auf dem Podium als auch in der Diskussion mit dem Publikum, daß in der Sorge für die christlichen Fundamente auch unserer säkularisierten Gesellschaft eine besondere Verpflichtung der Christlich Demokratischen Union zu sehen ist.

In fünf parallelen Foren befaßten sich die Teilnehmer mit den weiteren Kapiteln des Grundsatzprogramms. Die einführenden Erklärungen der Referenten und die Diskussion mit dem Publikum in den verschiedenen Foren bestätigten, daß der Entwurf des neuen Grundsatzprogramms nicht nur die entscheidenden Fragen der Zukunft unseres Landes getroffen hat, sondern auch die richtigen Weichenstellungen und politischen Ziele zur Lösung der anstehenden Sachfragen und Probleme formuliert. Das Grundsatzforum fand eine erfreulich positive Resonanz und war für den Diskussionsprozeß außerordentlich fruchtbar. Die Referate werden im September 1993 in einem Sammelband des Olzog-Verlags erscheinen und damit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

3. Als Beiträge zur Grundsatzprogramm-Diskussion hat der Vorsitzende der Kommission, Dr. Reinhard Göhner, zwei Bände mit Aufsätzen herausgegeben. „Politik für die Zukunft - Die CDU an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“ (Olzog-Verlag 1993) versammelt Beiträge von Parteimitgliedern

zu den Zukunftsfragen christlich-demokratischer Politik. Die Aufsätze analysieren die Situation in den einzelnen Politikbereichen, weisen auf Entwicklungen hin und formulieren Ziele und konkrete Lösungswege für die Politik der CDU. Es sind Fragen, Positionen und Ziele, die auch im Grundsatzprogramm eine zentrale Rolle spielen, aber in den Buchbeiträgen ausführlicher dargestellt werden können. Dieses Buch ist eine wichtige Ergänzung zur Diskussion in der Partei und unterstreicht den Willen der CDU zur aktiven politischen Gestaltung und ihre Zukunftsfähigkeit als Volkspartei. „Die Gesellschaft für morgen“ (Serie Piper „Aktuell“, 1993) versammelt Beiträge von Wissenschaftlern unterschiedlicher Fachrichtungen, die sich mit den Grundfragen politischen Handelns einerseits und der Zukunft unserer Gesellschaft, der Situation des Menschen und den konkreten politischen Aufgaben andererseits beschäftigen. Die Autoren rücken die konkrete poli-

tische Auseinandersetzung in einen breiteren Zusammenhang und ergänzen aus der Perspektive der Wissenschaft das, was die Politik für die Gesellschaft von morgen als wesentlich ausmacht.

4. Zur Begleitung der Grundsatzprogramm-Diskussion hat die Hauptabteilung Politik sechs Materialhefte zusammengestellt, die seit Anfang dieses Jahres erschienen sind. Neben einem „Leitfaden zur Diskussion“ und einer umfangreichen Sammlung von „Zahlen, Daten, Fakten, Prognosen“ zu den Kernthemen des Programmentwurfs umfaßt die Broschürenreihe Beiträge zum grundlegenden Selbstverständnis der CDU Deutschlands. Die vier Hefte befassen sich mit folgenden Themen: „Die CDU und das 'C'“, „Gesellschaftspolitik“, „Wirtschaftsstandort Deutschland: Chancen nutzen – Zukunft gestalten!“ und „Deutschlands Verantwortung in Europa und in der Welt“. Die Materialhefte haben auch über den Anlaß hinaus praktische Bedeutung für die Parteiarbeit.

III. Parteigremien

1. Präsidium

Das Präsidium kam im Berichtszeitraum seit dem 3. Parteitag der CDU Deutschlands vom 26.-28. Oktober 1992 in Düsseldorf zu 13 Sitzungen zusammen. Es befaßte sich schwerpunktmäßig mit folgenden Themen:

- Ergebnis und Analyse der Kommunalwahl in Hessen (7.3.1993)
- Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und Themen der Steuer- und Finanzpolitik standen im Mittelpunkt zahlreicher Sitzungen, u.a.:
 - Solidarpakt zum Aufbau der neuen Bundesländer
 - Finanzausstattung der neuen Bundesländer
 - Länderfinanzausgleich
 - Nachtragshaushalt 1993
 - Bundeshaushalt 1994
 - Föderales Konsolidierungsprogramm
 - Solidarbeitrag
 - Subventionsabbau
 - Einsparungen bei Leistungsgesetzen
 - Mißbrauch von staatlichen Leistungen
 - Entwicklung der Konjunktur
 - Wirtschaftsstandort Deutschland
 - Erhaltung industrieller Kerne in den neuen Bundesländern
 - weitere Privatisierungsmöglichkeiten bei der Post
 - Energiepolitik
 - Entwicklung des Arbeitsmarktes
 - Lohnnebenkosten, Arbeitszeiten
 - Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst
 - allgemeine Tarifentwicklung
- In der Verkehrspolitik wurde u.a. über folgende Themen beraten:
 - Verkehrswegeplan
 - Verkehrswegefinanzierung
 - Bundesbahnreform
 - Privatisierung von Autobahnen
 - öffentlicher Nahverkehr
- In der Sozial- und Gesellschaftspolitik standen folgende Themen im Vordergrund:
 - Rentenerhöhung 1993
 - Konzept für eine Pflegeversicherung
 - Einsparungen bei Sozialleistungen
 - Verfassungsgerichtsurteil zum Schutz des ungeborenen Lebens vom 28.5.1993
 - Vermögensbildung in den alten und neuen Bundesländern
 - Wohnungsmarkt
- Weitere wichtige Themen der Innenpolitik waren:
 - Bildungspolitik
 - Aussiedler

- Asylpolitik
- Ausländerpolitik
- Staatsangehörigkeitsrecht
- demographische Entwicklung
- Ausländerfeindlichkeit
- Rechtsextremismus
- Arbeit der Sicherheitsbehörden
- Bekämpfung der organisierten Kriminalität
- Stand der Verfassungsdiskussion
- Zusammenlegung von Wahlterminen im Jahr 1994
- Auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik standen folgende Themen im Vordergrund:
 - Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes im Rahmen der UNO
 - Bundeswehrplanung
 - Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien, insbesondere in Bosnien-Herzegowina
 - Deutsch-amerikanische Zusammenarbeit
 - Entwicklung in den GUS-Staaten
- Fragen der Einigung Europas spielten eine besondere Rolle, wie z.B. die Themen:
 - EG-Gipfel in Edinburgh im Dezember 1992
 - Vertrag von Maastricht
 - Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
 - Europäische Zentralbank
 - Erweiterung der EG
 - Vorbereitung der Europa-Wahlen
- Wichtige Themen und Entscheidungen zur Parteiarbeit waren:
 - Arbeitsplanung der Bundespartei für 1993
 - Einsetzung einer Wirtschaftskommission zur Erarbeitung von Thesen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland (14.12.1992)
 - Fortführung der Grundsatzprogramm-Diskussion
 - Bildungspolitische Diskussion
 - Bericht der Bundespräsidenten-Kommission zur Parteienfinanzierung vom 15.2.1993
 - Vorbereitung der Bundesausschußsitzung am 18.6.1993 in Bonn
 - Vorbereitung des 4. Parteitages in Berlin vom 13.-14.9.1993
 - Berufung von Hans-Joachim Reck zum Bundesgeschäftsführer der CDU (5.7.1993)

2. Bundesvorstand

Der Bundesvorstand trat im Berichtszeitraum zu sechs Sitzungen und einer Klausurtagung zusammen.

Schwerpunktthemen: siehe Präsidium

Außerdem:

- Beratung des Entwurfs der Grundsatzprogramm-Kommission für ein neues Grundsatzprogramm der CDU und Weiterleitung in die Partei zur Diskussion (14.1.1993)

- Bestellung der Bundesfinanzkommission
- Beratung des Entwurfs für ein Bildungspolitisches Programm der CDU und Weiterleitung in die Partei zur Vorbereitung des Parteitages in Berlin (29.3.1993)
- Beratung und Verabschiedung des Antrages „Kriminalität entschlossen bekämpfen – Innere Sicherheit stärken“ zum Parteitag in Berlin (3.5.1993)
- Einsetzung folgender Kommissionen (7.6.1993):
 - Kommission zur Vorbereitung des 4. Parteitages in Berlin
 - Kommission zur Umsetzung des Verfassungsurteils zum Schutz des ungeborenen Lebens
 - Kommission Staatsbürgerschaftsrecht
- Erklärung gegen ausländerfeindliche Ausschreitungen und Übergriffe (7.6.1993)
- Beratung und Verabschiedung eines Antrages zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschlands zum Bundesausschuß (7.6.1993)
- Verabschiedung eines Vorschlages zur Wahl der CDU-Vertreter und ihrer Stellvertreter für den Vorstand der Europäischen Volkspartei durch den Bundesausschuß (7.6.1993)
- Verabschiedung eines Änderungsantrages zu den Satzungsänderungen der Vereinigungen an den Bundesausschuß (7.6.1993)
- Beratung und Beschlußfassung zur Änderung der Geschäftsordnung der CDU und der Ordnung für die Bundesfachausschüsse (Antragsrecht der Bundesfachausschüsse an Bundesparteitage) an den Bundesparteitag in Berlin (7.6.1993)

3. Bundesausschuß

Der Bundesausschuß trat im Berichtszeitraum zu einer Sitzung zusammen. In seiner Sitzung in Bonn am 18.6.1993 befaßte er sich mit folgenden Themen:

- Bericht des Parteivorsitzenden zur politischen Lage
- Beratung und Beschlußfassung über den Antrag des Bundesvorstandes „Thesen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“

- Genehmigung von Satzungen bzw. Satzungsänderungen der Bundesvereinigungen der CDU
- Wahl der CDU-Vertreter und ihrer Stellvertreter für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (Vorschlag des Bundesvorstandes)
- Würdigung des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, durch Generalsekretär Peter Hintze aus Anlaß seiner 20-jährigen Amtszeit als Parteivorsitzender

4. Landesgeschäftsführerkonferenz

Die Landesgeschäftsführerkonferenz trat im Berichtszeitraum zu drei Sitzungen und drei Klausurtagungen zusammen.

Schwerpunkte waren:

- Zwischenbilanz Herbstaktion 1992 der neuen Landesverbände
- Zeitplan Grundsatzprogrammdiskussion
- Zeitplan zur Diskussion über Bildungspolitik
- Fortsetzung Europakampagne
- Attraktivitätsprogramm junge Menschen, insbesondere junge Frauen
- Mitgliederwerbung
- Bericht und Analyse zum Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland
- Ergebnis und Analyse der Kommunalwahl Hessen
- Berichte über die Wahlkämpfe in den USA und Großbritannien von Mitgliedern der jeweiligen Wahlkampfstäbe
- Wahlkampfplanung und Wahlkampfzubereitung für 1994
- Das neue Kommunikationsnetz der CDU
- Möglichkeiten und Methoden des Direct-Marketing im Wahlkampf
- Möglichkeiten zur Optimierung der politischen Arbeit vor Ort, wohnviertelorientierte Wahlkampfleitung
- Gespräch über Aussiedler als Wähler der CDU
- Stand der Beratungen zur künftigen Parteienfinanzierung

III. Bundesgeschäftsstelle

1. Kommissionen des Bundesvorstandes

1.1 Grundsatzprogramm-Kommission

Die Grundsatzprogramm-Kommission hat im Januar 1993 den Entwurf für das neue Grundsatzprogramm vorgelegt. Sie hat im Berichtszeitraum fünf mal im Plenum getagt, zwei Kommissionsgruppensprechersitzungen und eine öffentliche Veranstaltung durchgeführt. Weitere Sitzungen zur Erarbeitung des Leit-Antrags „Grundsatzprogramm“ für den Bundesvorstand sind geplant. (Inhaltliche Ausführungen zur Grundsatzprogramm-Arbeit s. „I. Grundsatzprogramm-Diskussion“. Zu einzelnen Veranstaltungsterminen s. auch VI. „Politischer Arbeitskalender“)

1.2 Kommission „Politik für die Ballungsräume“

Der Bundesvorstand hatte in seiner Sitzung am 3./4. September 1992 eine Kommission mit dem Auftrag eingesetzt, für den Berliner Parteitag ein Ballungsraumkonzept vorzulegen. Den Vorsitz der Kommission übernahm Volker Liepelt MdA; Stellvertreterin ist Birgit Schnieber-Jastram MdHB. Die Kommission hat in sechs Arbeitssitzungen ein Diskussionspapier erstellt, das Aussagen zur Urbanität, zur bürgernahen Verwaltung, zur politischen Arbeit, zur Entwicklungsplanung sowie zur Wohnungs-, Verkehrs-, Wirtschafts-, Sicherheits-, Kultur- und Sozialpolitik macht. Auf einer Pressekonferenz am 5. Februar 1993 in Berlin wurde die Öffentlichkeit über die Arbeit der Kommission informiert. Bis zur geplanten Verabschiedung auf dem 5. Parteitag soll das Papier mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden in mehreren Veranstaltungen diskutiert werden.

1.3 Agrarkommission

Entsprechend einem Beschluß des Dresdner Parteitages hatte der Bundesvorstand am 3. Februar 1992 eine Agrarkommission eingesetzt, die ein Konzept zur Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft und zur Stabilisierung des ländlichen Raumes erarbeitet hat. Den Vorsitz der Kommission hatte Reimer Böge MdEP, seine Stellvertreter waren Ulrich Junghanns MdB und der baden-württembergische Landwirtschaftsminister Dr. Gerhard Weiser MdL. Um die Erfordernisse der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern besser in dem Konzept berücksichtigen zu können, hat die Agrarkommission eine Aktion „Landwirtschaft“ in Brandenburg durchgeführt.

Das inzwischen fertiggestellte Konzept schreibt die Agrarpolitik der CDU unter den durch die EG-Agrarreform, den europäisch-amerikanischen Handelskompromiß und die Wiedervereinigung Deutschlands veränderten Rahmenbedingungen fort. Als Ziel wird

eine leistungsfähige, vielfältig strukturierte und umweltverträgliche Landwirtschaft formuliert, die sich im europäischen Wettbewerb behaupten kann. Leitbild ist der unternehmerisch handelnde Landwirt, der eigenverantwortlich im Familienbetrieb oder in anderen Betriebs- und Rechtsformen tätig ist. Die Agrarkommission hat mit ihrem Papier erstmals ein einheitliches Konzept für die Zukunft der Landwirtschaft in ganz Deutschland vorgelegt.

1.4 Bildungspolitische Kommission

Die veränderte politische und historische Situation erfordert auch in der Bildungspolitik Antworten auf neue Fragen, die sich durch die deutsche Einheit und die europäische Integration ganz offensichtlich stellen. Bei der Zukunftssicherung des Technologiestandortes Deutschland geht es nicht nur um wirtschaftliche Fragen, sondern zugleich auch um die immateriellen Grundlagen von Staat und Gesellschaft. Ein rohstoffarmes Land wie die Bundesrepublik Deutschland kann auf die Qualifikation, Flexibilität und den Erfindungsreichtum seiner Menschen nicht verzichten. Bildung befähigt aber den Menschen ebenfalls, sein Leben selbständig und verantwortlich zu gestalten, Rechte wahrzunehmen und Pflichten zu übernehmen, sein Leben als Chance zu begreifen und seinen Platz in Familie, Gesellschaft und Beruf zu finden. Für die CDU Deutschlands genießt deshalb das Thema „Bildung“ höchste Priorität.

Von diesem Anspruch hat sich die bildungspolitische Kommission leiten lassen, die unter Vorsitz des hessischen Landesvorsitzenden Manfred Kanther viermal getagt hat, um den bildungspolitischen Kongreß am 4. und 5. März 1993 in Wiesbaden vorzubereiten und Thesenpapiere zu den Einzelbereichen der Bildungspolitik zu erarbeiten. Die CSU wurde in die Arbeit der Kommission einbezogen. Neben der Kongreßvorbereitung hat die Kommission großen Wert darauf gelegt, einen breiten Konsens innerhalb der Union zu bildungspolitischen Fragen zu erreichen. Der Verlauf des Wiesbadener Kongresses hat gezeigt, daß es zu den von der Kommission erarbeiteten Thesen übereinstimmende Positionen in der Union gibt.

1.5 Kommission „Innere Sicherheit“

Der Kampf gegen die anwachsende Kriminalität und die zunehmende Gewalt in unserer Gesellschaft ist eine der zentralen innenpolitischen Herausforderungen. Mehr als sechs Millionen Straftaten wurden im vergangenen Jahr in Deutschland registriert. Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger fühlen sich angesichts dieser Entwicklung verunsichert, bedroht und gefährdet. Sie erwarten zu Recht, daß der Staat alles daran setzt, um Kriminalität und Gewalt nachhaltig entgegenzutreten.

Die Innere Sicherheit ist für die Union seit jeher ein außerordentlich wichtiges Thema. Die CDU ist deshalb der Auffassung, daß der Kampf gegen Kriminalität und Gewalt einen höheren Stellenwert in Politik und Gesellschaft erhalten muß. Der CDU-Bundesvorstand hatte schon frühzeitig vorgesehen, daß sich der 4. Parteitag der CDU Deutschlands vom 12. bis 14. September 1993 in Berlin intensiv mit dem Thema „Innere Sicherheit“ beschäftigt und dazu einen Beschluß faßt.

Zur Vorbereitung dieses Parteitagsbeschlusses berief Generalsekretär Peter Hintze am 15. März 1993 eine aus 15 Mitgliedern bestehende Kommission unter der Leitung des damaligen Bundesministers des Innern, Rudolf Seiters MdB. Diese Kommission erarbeitete in zwei Sitzungen am 29. März 1993 und am 19. April 1993 im Konrad-Adenauer-Haus einen entsprechenden Antragsentwurf.

Dieser Entwurf wurde vom CDU-Bundesvorstand am 3. Mai 1993 beraten und einstimmig angenommen. Der Antrag „Kriminalität entschlossen bekämpfen - Innere Sicherheit stärken“ des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands an den 4. Parteitag vom 12. bis 14. September 1993 in Berlin wurde am 11. Mai 1993 von Peter Hintze und Rudolf Seiters auf einer gemeinsamen Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus der Öffentlichkeit vorgestellt.

1.6 Wirtschaftskommission

Das Parteipräsidium hatte eine Kommission unter der Leitung von Bundesminister Prof. Klaus Töpfer eingesetzt, die ein Beschlußpapier zur Wirtschaftspolitik erarbeiten sollte. Diese „Thesen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“ hat der Bundesausschuß in seiner Sitzung am 18. Juni 1993 beraten und verabschiedet.

Mit diesem Thesenpapier leistet die CDU ihren Beitrag zur öffentlichen Diskussion über den Wirtschaftsstandort Deutschland und macht ihre Positionen deutlich. Gleichzeitig trägt sie aber auch zur Entwicklung eines Meinungsklimas bei, in dem grundlegende Reformen möglichst in einem gesellschaftlichen Konsens verwirklicht werden können.

Das Thesenpapier gibt die wirtschaftspolitische Grundrichtung vor, ohne die Diskussion bereits abzuschließen. Der Bundesausschuß hat vielmehr mit einer breit angelegten Diskussion innerhalb und außerhalb der Partei begonnen. Diese Diskussion wird das wirtschaftspolitische Profil der Partei schärfen und einen wesentlichen Beitrag zur Standortpolitik der Bundesregierung leisten.

Eckpunkte der „Thesen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“ sind:

- das Bekenntnis zu einer offenen Weltwirtschaft,
- der Vorrang umweltverträglichen Wachstums vor Verteilung,

- die Erweiterung der Sozialen Marktwirtschaft um eine ökologische Dimension,
- das Bekenntnis zum Sozialstaat und zu seinem Umbau, insbesondere zur Entlastung der sozialen Sicherungssysteme durch die stärkere Einbindung der mittlerweile deutlich gestiegenen Privateinkommen und -vermögen in die Eigenvorsorge,
- mittelfristige Rückführung der Staats-, der Steuer- und Abgabenquote sowie der Defizite in den öffentlichen Haushalten,
- Fortführung der Unternehmenssteuerreform,
- Abkoppelung der Maschinenlaufzeiten von den individuellen Arbeitszeiten, insbesondere die Zulassung von Sonn- und Feiertagsarbeit auch aus gravierenden wirtschaftlichen Gründen,
- Ablehnung weiterer Arbeitszeitverkürzungen und Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeiten im Öffentlichen Dienst,
- eine konsequente Politik der Privatisierung und Deregulierung,
- Forderung nach stärkerer Differenzierung der Löhne nach Branchen und Betrieben sowie nach Tariföffnungsklauseln.

1.7 Kommission „Umsetzung des Bundesverfassungsgerichts-urteils zum Schutz des ungeborenen Lebens“

Der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 7. Juni 1993 in Bonn beschlossen, eine Kommission zur Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Schutz des ungeborenen Lebens (§ 218 StGB) unter Leitung des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Wolfgang Schäuble MdB, einzusetzen. In ihrer ersten Sitzung am 18. Juni 1993 hat die Kommission begrüßt, daß das Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Chance bietet, die jahrzehntelange Auseinandersetzung zwischen Fristen- und Indikationslösung zu überwinden. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß das Urteil strikt in allen seinen Punkten umgesetzt werden muß; die Beratungskonzeption sei der bestmögliche Weg. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird einen Gesetzentwurf erarbeiten, der von der Kommission beratend begleitet wird.

1.8 Kommission „Staatsangehörigkeitsrecht“

Unter der Leitung von Bundesminister Rudolf Seiters MdB tagte die vom Bundesvorstand eingesetzte Kommission zweimal im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn. Rudolf Seiters unterrichtete die Mitglieder der Kommission über die Möglichkeit des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit nach geltendem Recht. Durch das Gesetz zur Änderung asylverfahrens-, ausländer- und staatsangehörigkeitsrechtlicher Vorschriften wurden sowohl im Ausländergesetz (AuslG) als auch im Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) zum 1. Juli 1993 weitere Einbürgerungs erleichterungen geschaffen. Eine generelle Einführung von doppelten Staatsbürgerschaften wurde von der

Kommission mit dem Verweis auf erleichterte Einbürgerungsmöglichkeiten abgelehnt. Doppelte Staatsbürgerschaften erzeugen einen Widerstreit von Rechten und Pflichten gegenüber unterschiedlichen Staaten und Rechtsordnungen.

1.9 Bundesfinanzkommission

Auf dem 37. Bundesparteitag 1989 in Bremen war der Bundesvorstand beauftragt worden, eine Kommission zu berufen, die die Probleme einer gerechten Aufgaben- und Finanzverteilung innerhalb der Gesamtpartei sowie den Finanzbedarf der Bundespartei untersuchen sollte. Die daraufhin im November 1989 eingesetzte Bundesfinanzkommission konnte ihre Arbeit nicht zu Ende führen, weil sich durch die am 3. Oktober 1990 erfolgte Wiedervereinigung eine völlig neue Situation ergeben hatte.

Im März 1991 ist daraufhin eine neue Kommission durch den Bundesvorstand berufen worden, in der auch Mitglieder aus den neuen Bundesländern vertreten waren. Auch diese Kommission konnte die ihr

2. Bundesfachausschüsse

(1) Bundesfachausschuß Innenpolitik

Vorsitzender: Johannes Gerster MdB
(Rheinland-Pfalz)

Stellvertreter: Heinz Paus MdL
(Nordrhein-Westfalen)
Dr. Lutz-Rainer Senglaub
(Thüringen)

Geschäftsführer: Dr. Klaus Schüler

Arbeitsgruppen:

- Innere Sicherheit/Polizei
- Ausländerpolitik
- Öffentlicher Dienst

Beschlüsse:

- Entschließung zur Bekämpfung des politischen Extremismus und politisch motivierter Gewalt (25. November 1992)
- Entschließung zur Zukunft des Zivilschutzes und des Technischen Hilfswerkes (3. Februar 1993)

(2) Bundesfachausschuß Sportpolitik

Vorsitzender: Ferdi Tillmann MdB
(Nordrhein-Westfalen)

Stellvertreter: Michael Sauer (Rheinland-Pfalz)

Geschäftsführerin: Edelgard Schönau

Arbeitskreise:

- Leistungssport
- Programmkommission
- „Sport im Alter“

Schwerpunktthemen:

- Aktualisierung des Sportprogramms der CDU
- Vorbereitung und Durchführung eines Expertengesprächs zum Thema „Droht dem Schulsport das Aus an der Schule“ am 3.6.1993

gestellte Aufgabe nicht zu Ende führen, weil nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Parteienfinanzierung vom 9. April 1992 wiederum Voraussetzungen vorlagen, die abschließende Vorschläge im Sinne des erteilten Auftrags nicht zuließen.

Die nach dem 3. Bundesparteitag im Oktober 1992 in Düsseldorf eingesetzte Kommission hat sich in der Hauptsache mit den Problemen der Neuordnung der Parteienfinanzierung beschäftigt. Sie hat gemeinsam mit der Bundesschatzmeisterin Empfehlungen für die künftigen gesetzlichen Regelungen erarbeitet. Daran waren in einer gemeinsamen Sitzung auch die Schatzmeister der Landesverbände beteiligt. Ferner hat die Finanzkommission, gemeinsam mit den Rechnungsprüfern der Partei, an der Aufstellung des Etats 1993 der CDU-Bundesgeschäftsstelle mitgewirkt.

Die Beschäftigung mit dem Kernproblem des innerparteilichen Finanzausgleichs erfolgt, sobald die gesetzliche Neuregelung der Parteienfinanzierung bekannt ist.

- Vorbereitung (gemeinsam mit der Senioren-Union) des Fachkongresses „Gesund durch Sport im Alter“ am 21.6.1993
- Förderung des Sports in den neuen Ländern
- Ehrenamt im Sport
- Doping
- Förderung des Spitzensports
- Sport und Gesundheit

Beschlüsse:

- Beschluß zur Aufnahme der Sportmedizin in die Approbationsordnung (21.1.1993)
- Beschluß „Sport im Alter“ (21.1.1993)

(3) Bundesfachausschuß Kulturpolitik

Vorsitzender: Dr. Georg Gölder MdL
(Rheinland-Pfalz)

Stellvertreter: Hildegard Matthäus MdL
(Nordrhein-Westfalen)

Dr. Michael Luther MdB (Sachsen)

Geschäftsführer: Karsten Matthis

Arbeitskreise:

- Kommission zur Erarbeitung der Diskussionsvorlage Bildungspolitik für den 4. Parteitag
- Arbeitsgruppe Kultur

Schwerpunktthemen:

- Erzieherische Grundsatzfragen
- Inhaltliche Vorbereitung des bildungspolitischen Kongresses der CDU am 4./5. März 1993 in Wiesbaden
- Kunst- und Kulturpolitik im geeinten Deutschland

Beschluß:

- Diskussionsentwurf zur Vorbereitung des 4. Parteitages „Für die Humane Leistungsschule und ein leistungsfähiges Hochschulsystem“ (29. März 1993)

Veranstaltung:

Bildungspolitisches Expertengespräch am 14. Juni 1993 mit Vertretern von Berufsverbänden, Wirtschaftsvereinigungen, Gewerkschaften sowie Hochschullehrern zur bildungspolitischen Diskussionsgrundlage für den 4. Parteitag, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

(4) Bundesfachausschuß Jugendpolitik

Vorsitzender: Kersten Wetzel MdB (Thüringen)

Stellvertreter: Eckart von Klaeden
(Niedersachsen)

Geschäftsführer: Karsten Matthis (bis 2/93)
Stephan Sillekens (ab 3/93)

Arbeitsgruppe:

– Jugendpolitik in Europa

Schwerpunktt Themen:

- Jugendhilfe in den neuen Bundesländern
- Vorbereitung eines Jugendpolitischen Programms der CDU
- Weiterentwicklung des Bundesjugendplanes
- Situation von Jugendlichen, insbesondere in den neuen Bundesländern
- Aufbauprogramm freier Träger der Bundesregierung (AFT-Programm)

Beschluß:

„§ 249h AFG – Hoffnung für die Jugendhilfe in den neuen Bundesländern: Die Chancen jetzt nutzen“
(12. Mai 1993)

(5) Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik

Vorsitzende: Christa Thoben
(Nordrhein-Westfalen)

Stellvertreter: Dr. Dieter Murmann
(Schleswig-Holstein)
Peter Jacoby MdL (Saarland)

Geschäftsführer: Michael Alber

Schwerpunktt Themen:

- Wirtschaftliche und soziale Stärken des Standortes Deutschland
- Erneuerung industrieller Kerne und Erhalt industriell leistungsfähiger Regionen
- Beratung der „Thesen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“
- Wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern

Aktionen:

- Teilnahme an der von der Treuhandanstalt durchgeführten Investorenbörse in Leipzig und Gespräch über „Erneuerung industrieller Kerne und Erhalt industriell leistungsfähiger Regionen“ mit Ministerpräsident Prof. Kurt H. Biedenkopf und Manfred Baum, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Takraf AG, Leipzig
- Regionale Wirtschaftskonferenz der CDU „Die Zukunft wagen – Thüringen im Aufbruch!“ mit Betriebsbesichtigungen und Gesprächen, u.a. mit

dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Jenoptik GmbH, Lothar Späth

(6) Bundesfachausschuß Agrarpolitik

Vorsitzender: Richard Bayha MdB (Hessen)

Stellvertreter: Klaus Gille (Sachsen-Anhalt)
Dr. Hedda Meseke MdB
(Niedersachsen)

Geschäftsführerin: Marion Wiese (bis 31.12.1992)
Gabriele Hopp (ab 1.1.1993)

Schwerpunktt Thema:

- Diskussion eines neuen Agrarkonzeptes der CDU im wiedervereinigten Deutschland

Aktion:

- Teilnahme an der Aktion Landwirtschaft der Agrarkommission des Bundesvorstands vom 15.-17. Februar 1993 in der Uckermark/Brandenburg

(7) Bundesfachausschuß Städte- und Wohnungsbau

Vorsitzender: Werner Dörflinger MdB
(Baden-Württemberg)

Stellvertreter: Wolfgang Branoner (Berlin)
Dr. Klaus Mildner MdB
(Sachsen-Anhalt)

Geschäftsführer: Jürgen Kammel (bis 31. März 1993)
Heribert Hennemann
(ab 1. Juli 1993)

Schwerpunktt Themen:

- Wohnbaulandnovelle
- Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen
- Schuldenregulierung in der Wohnungswirtschaft der neuen Bundesländer
- Bausparen in den neuen Bundesländern

(8) Bundesfachausschuß Verkehrspolitik

Vorsitzender: Dirk Fischer MdB (Hamburg)
(bis 8. Juni 1993)
Claus-Peter Grotz MdB
(Baden-Württemberg)
(ab 8. Juni 1993)

Stellvertreter: Heinz Hardt MdL
(Nordrhein-Westfalen)
Thomas Kretschmer MdL
(Thüringen)

Geschäftsführer: Jürgen Kammel (bis 31. März 1993)
Heribert Hennemann
(ab 1. Juli 1993)

Schwerpunktt Themen:

- Verkehrsmanagement
- Verkehrssicherheit
- Bahnreform/Regionalisierung
- Umweltfreundliche Verkehrspolitik

Beschluß:

- Sicherheit im Straßenverkehr (22. Januar 1993)

(9) Bundesfachausschuß Energiepolitik

Vorsitzender: Ludwig Gerstein
(Nordrhein-Westfalen)
Stellvertreter: r. Marcus Mattis
(Baden-Württemberg)
Wolfgang Schulz
(Mecklenburg-Vorpommern)
Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Kubink

Arbeitsgruppen:
– Europäische Energiepolitik
– Zukünftige Energiepolitik
(gemeinsam mit dem BFA Umweltpolitik)

Schwerpunktt Themen:
– Akzeptanz von Großtechnologien
– Europäische Energiepolitik
– Gespräche über einen Konsens in der Energiepolitik zwischen den Parteien und den gesellschaftlichen Gruppen
– Energieversorgung in den neuen Bundesländern

Aktionen:
– Arbeitsbesuch in Dortmund und Hamm am 22./23. Juni 1993: Betriebsbesichtigungen und Diskussion aktueller Fragen der Energiepolitik

Anhörung:
– „Leitlinien zu Energie und Umwelt“ (gemeinsam mit BFA Umweltpolitik) am 21. Juni 1993, Konrad-Adenauer-Haus, Bonn

Beschluß:
– Eckpunkte zur Förderung der Akzeptanz von Großtechnologien (4. Dezember 1992)

(10) Bundesfachausschuß Umweltpolitik

Vorsitzender: Kurt-Dieter Grill MdL
(Niedersachsen)
Stellvertreter: Prof. Dr. Roland Salchow MdHB
(Hamburg)
Dr. Petra Uhlmann
(Mecklenburg-Vorpommern)
Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Kubink

Arbeitsgruppen:
– Umwelt und Verkehr
– Naturschutz
– Zukünftige Energiepolitik
(gemeinsam mit dem BFA Energiepolitik)
– Chemische Substanzen und Stoffe
– Grenzüberschreitender Umweltschutz sowie Abfall- und Altlastenproblematik

Schwerpunktt Themen:
– Die besonderen umweltpolitischen Probleme der neuen Bundesländer
– Beschleunigung von Genehmigungsverfahren
– Umweltpolitik nach dem Gipfel von Rio
– Diskussion des umweltpolitischen Teils des Grundgesetzprogramms
– Aktuelle Entwicklungen in der Abfallpolitik, insbesondere im Zusammenhang mit der Verpackungsverordnung

Umwelt und Verkehrspolitik
– Europäische Umweltpolitik
– Zusammenhang von Umwelt und Energiepolitik

Aktionen:
– Vor-Ort-Aktionen und Arbeitsbesuche in Sachsen und Sachsen-Anhalt (3./4. September 1993)

(11) Bundesfachausschuß Frauenpolitik

Vorsitzende: Dr. habil. Maria Böhmer MdB
(Rhd.-Pfalz)
Stellvertreter.: Christine Arlt-Palmer
(Baden-Württemberg)
Karin Hübeler (Thüringen)
Geschäftsführerin: Kristel Bendig

Arbeitsgruppen:
– Familiensplitting
– Gewalt in den Medien
– Gleichstellungspolitik in der Gemeinde
– Geringfügige, nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse
– Stellenwert der Frauenpolitik in der CDU und ihre innerparteiliche Umsetzung

Schwerpunktt Themen:
– Situation der Frauen und Familien in den neuen Bundesländern
– Änderungen des Art. 3 GG
– Gleichberechtigungsgesetz
– Verwirklichung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz als flankierende Maßnahme zum Schutz des werdenden Lebens

Dokumentation:
– „Frauen in den neuen Bundesländern“

(12) Bundesfachausschuß Familienpolitik

Vorsitzende: Maria Michalk MdB (Sachsen)
Stellvertreter.: Birgit Schnieber-Jastram MdHB
(Hamburg)
Franz Wieser MdL
(Baden-Württemberg)
Geschäftsführerin: Dr. Adélheid Gliedner-Simon

Arbeitsgruppen:
– Familie und Arbeitswelt
– Familiensplitting

Schwerpunktt Themen:
– Familienfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt
– Vereinbarkeit von Familie und Beruf
– Familienförderung, familienpolitische Leistungen
– Gesellschaftliche Anerkennung der Erziehungsarbeit
– Familienaufgaben in den einzelnen Altersphasen der Kinder
– Kinderbetreuung

Beschlüsse:
– Positionspapier zur „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“
– Beibehaltung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz

(13) Bundesfachausschuß Sozialpolitik

Vorsitzender: Hermann-Josef Arentz MdL
(Nordrhein-Westfalen)
Stellvertreter: Staatsminister Dr. Frank-Michael
Pietzsch MdL (Thüringen)
Sylvia Welzig (Brandenburg)

Geschäftsführer: Jürgen Hardt

Arbeitsgruppen:

- Pflege
- Umbau des Sozialstaates
- Einheit der Sozialordnung
- Soziales Europa
- Grundsatzprogrammentwurf

Schwerpunktt Themen:

- Europäische Sozialpolitik
- Grundsatzprogrammentwurf
- Föderales Konsolidierungsprogramm
- Arbeitszeit- und Arbeitsschutzgesetzbuch
- Genomanalyse im Bereich der Arbeitsmedizin
- Knappschaftliche Rentenversicherung

Beschluß:

- „Die Sozialordnung der Europäischen Gemeinschaft gestalten“

Es wurde ein Gespräch mit Vertretern des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienststopfer, Behinderten und Sozialrentner (VdK) geführt.

(14) Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik

Vorsitzender: Bernhard Jagoda MdB
(Hessen) bis 8. März 1993
Dr. Paul Hoffacker MdB
(Nordrhein-Westfalen)

Stellvertreter: Sabine Klenke MdL
(Sachsen-Anhalt)
Prof. Dr. med. Ulf König
(Nordrhein-Westfalen)

Geschäftsführerin Gerda Lübbert

Arbeitsgruppen:

- Krankenhausfinanzierung
- Prävention

Schwerpunktt Themen:

- Regionalisierung
- Gesundheitsstrukturgesetz
- Grundsatzprogrammentwurf
- Selbsthilfe

Es wurde ein Gespräch mit Vertretern verschiedener Selbsthilfegruppen geführt.

(15) Bundesfachausschuß Außenpolitik

Vorsitzender: Elmar Brok MdEP
(Nordrhein-Westfalen)
Stellvertreter: Dr. Burkhard Dobiey
(Nordrhein-Westfalen)
Dr. Friedbert Pflüger MdB
(Niedersachsen)

Geschäftsführer: Klaus Welle

Arbeitskreise:

- Deutsche Außenpolitik gegenüber Mittel- und Osteuropa
- Grundsatzprogrammreform

Schwerpunkte:

- Neue Herausforderungen für die Außen- und Sicherheitspolitik
- Perspektiven der europäischen Einigung nach dem Referendum in Frankreich
- Einsätze der Bundeswehr
- Menschenrechte in der Welt und Menschenrechtspolitik der Europäischen Gemeinschaft
- Türkei
- Deutsche China-Politik
- Politik gegenüber dem Maghreb
- UN-Reform
- Deutsch-amerikanisches Verhältnis
- Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen

Beschlüsse:

- „Maßnahmen gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen“ (18. Januar 1993)
- „Forderungen zur deutschen und europäischen Politik gegenüber dem Maghreb“ (18. Januar 1993)
- „Beteiligung der Bundeswehr an AWACS-Einsätzen zur Unterstützung der Durchsetzung des Flugverbots über Bosnien-Herzegowina“ (22. März 1993)
- „Leitsätze für die China-Politik Deutschlands“ (22. März 1993)
- „Die Festigung der transatlantischen Partnerschaft – Empfehlungen für die 90er Jahre“ (14. Juni 1993)
- „Die Bundesrepublik Deutschland und die Reform der Vereinten Nationen“ (14. Juni 1993)

(16) Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik

Vorsitzender: PSt Hans-Peter Repnik MdB
(Baden-Württemberg)

Stellvertreter: Anne-Karin Glase (Brandenburg)
Dr. Volkmar Köhler MdB
(Niedersachsen)

Geschäftsführer: Winfried Weck

Arbeitskreise:

- Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft
- Umwelt und Entwicklung
- Handel und Entwicklung/Marktwirtschaft und Entwicklung
- Kultur und Entwicklung
- Dialog mit den Kirchen
- Migration
- Osteuropa
- Parteilarbeit
- Grundsatzprogramm

Weitere Schwerpunkte:

- Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe
- Bevölkerungsproblem
- Förderung von Frauen

- Politische Reformen in Afrika und Lateinamerika
- Menschenrechte
- Bildung in Entwicklungsländern
- Migration

Beschlüsse, Aktionen:

- „Entwicklungshilfe bekämpft Ursachen von Katastrophen und Flüchtlingsströmen“ (15. Februar 1993)
- Vorstellung der „Eine-Welt-Aktion '93“ anlässlich des Jahrestages der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (27. Mai 1993)

Fachtagung:

- „Entwicklungspartnerschaft in der Einen Welt – Haben wir die richtigen Strategien?“ (Erfurt, 21. Juni 1993)

(17) Bundesfachausschuß Sicherheitspolitik

- Vorsitzender: Otto Hauser MdB
(Baden-Württemberg)
- Stellvertreter: Ulrich Adam MdB
(Mecklenburg-Vorpommern)
Thomas Kossendey MdB
(Niedersachsen)
- Geschäftsführer: Winfried Weck

Schwerpunkthemen:

- Globale Friedenssicherung und Krisenmanagement
- Zukunft der Bundeswehr: erneuerter Auftrag, Wehrstrukturreform, Wehrgerechtigkeit
- Aufbau einer neuen Friedensordnung in Europa: Reform der NATO-Strategie, Stärkung des europäischen Pfeilers
- Fortführung von Rüstungskontrolle und Abrüstung
- NATO und WEU

Beschlüsse, Erklärungen:

- Resolution zum Krieg im ehemaligen Jugoslawien (11. Februar 1993)
- „Bundeswehrstruktur und Dienstgerechtigkeit“ (5. März 1993)
- „NATO und WEU als Garanten für die Sicherheit in Europa und der Welt“ (13. Mai 1993)

(18) Bundesfachausschuß Europapolitik

- Vorsitzender: Bernhard Sälzer MdEP (Hessen)
- Stellvertreter: Doris Pack MdEP (Saarland)
Michael Stübgen MdB
(Brandenburg)
- Geschäftsführer: Gert Olav Göhs

Schwerpunkthemen:

- Europäische Parteiarbeit der CDU
- Vorbereitung der Europawahlen 1994
- Grundsatzprogrammdiskussion
- Ratifikationsdebatte des Maastrichter Vertrags in Deutschland und Europa
- EG-Binnenmarkt
- Erweiterung der EG um Mitgliedsländer der EFTA und die neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa

- Europäische Sozialpolitik
- EG-Finanzreform
- Innere Sicherheit in Europa
- EG-Regionalauschuß
- Europäische Umweltpolitik
- Europäischer Verbraucherschutz
- Europäische Bildungspolitik

Beschlüsse:

- „Lebensmittel im europäischen Binnenmarkt“ (2. Dezember 1992)
- „Umweltpolitik in Europa“ (2. Dezember 1992)
- „Deutsch muß in der EG und in anderen europäischen Institutionen gleichberechtigte Arbeitssprache werden“ (17. Februar 1993)
- „30 Jahre Deutsch-Französisches Jugendwerk: Anlaß für weitere Schritte“ (28. Juni 1993)

(19) Bundesfachausschuß Forschung und Technologie

- Vorsitzender: Christian Lenzer MdB (Hessen)
- Stellvertreter: PSt Dr. Helmut Münch MdL
(Sachsen)
Prof. Dr. Josef Bugl
(Baden-Württemberg)
- Geschäftsführer: Marion Wiese (bis 31.12.1992)
Michael Alber (1.1.1993 – 31.5.1993)
Gabriele Hopp (ab 1.6.1993)

Schwerpunkthemen:

- Umfang und Bedeutung der Grundlagenforschung
- Forschung, neue Technologien und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland

Anhörung:

- Gemeinsames Expertengespräch mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema „Forschungsstandort Deutschland – Von der Grundlagenforschung zur angewandten Forschung“ (11. Februar 1993)

(20) Bundesfachausschuß Medienpolitik

- Vorsitzender: PSt Bernd Neumann MdB
(Bremen)
- Stellvertreter: Minister Klaus von Trotha MdL
(Baden-Württemberg)
Gabriele Wiechatzek MdB (Berlin)
- Geschäftsführer: Dr. Peter Wellert

Schwerpunkthemen:

- Europäischer Kulturkanal ARTE
- Nationaler Hörfunk
- Gewalt im Fernsehen
- Medienfragen aus europäischer Sicht: Technische Probleme, EG-Dirigismus im Pressebereich, Grenzüberschreitendes Fernsehen
- Konzentrationserscheinungen bei elektronischen Medien - Analyse und Konsequenzen
- Einführung des Digitalen Hörfunks

Beschluß

- Maßnahmenkatalog zur Eindämmung der Gewalt im Fernsehen (4. Februar 1993)

(21) Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ)

Vorsitzender: Minister Herbert Helmrich
(Mecklenburg-Vorpommern)
Stellvertreter: Jakob Kraetzer
(Berlin)
Minister Walter Remmers
(Sachsen-Anhalt)
Prof. Dr. Rupert Scholz MdB
(Berlin)
Prof. Dr. Winfried Tilmann
(Nordrhein-Westfalen)
Geschäftsführerin: Petra Kansy

3. Kongresse/Aktionen/ Öffentlichkeitsarbeit

3.1 Bundeswehr-Forum

Das Bundeswehrforum am 12. November 1992 im Bonner Konrad-Adenauer-Haus stand unter dem Thema „CDU im Dialog: Bundeswehr im Wandel“. Vor dem Hintergrund der veränderten geopolitischen Situation diskutierten die Bundeswehrbeauftragten der CDU und zahlreiche geladene Gäste Herausforderungen, die sich aus der veränderten sicherheitspolitischen Lage für die Bundeswehr ergeben, den politischen Auftrag und die Aufgaben der deutschen Streitkräfte sowie das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht. Als Hauptredner konnte der Bundeswehrbeauftragte der CDU und verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer MdB, Verteidigungsminister Volker Rühle MdB begrüßen. Großes Interesse fanden auch die Ausführungen von NATO-Generalsekretär Dr. Manfred Wörner. Die regen Debatten in den drei Arbeitskreisen und im abschließenden Plenum bestätigten, wie wichtig gerade die Diskussion über Auftrag und künftige Aufgaben der Bundeswehr für deren gesellschaftliche Akzeptanz und damit für die Motivation der Soldaten ist.

3.2 Bildungspolitischer Kongreß

Der Bildungspolitische Kongreß unter dem Motto „Zur Verantwortung erziehen. Bildung – Schlüssel zur Zukunft“ wurde am 4./5. März 1993 in der Rhein-Main-Halle in Wiesbaden in enger Zusammenarbeit mit dem hessischen Landesverband durchgeführt. Der Parteivorsitzende Helmut Kohl hielt das Hauptreferat „Bildungspolitik für den Standort Deutschland“. Auf den Podien waren die Kultus- und Wissenschaftsminister, die bildungspolitischen Sprecher und weitere Bildungsexperten der Union, Referenten aus Wissenschaftsinstitutionen sowie Wirtschafts- und Berufsverbänden vertreten. Über 800 Zuhörer nahmen an den vier Foren (Schule, Familie und Schule im Wandel, Ausbildung und Arbeitswelt

Fachkommissionen:

- „Verfassungsrecht“ (bis Juni 1993)
- „Recht und Technik“ (seit März 1993)
- „Familienrecht“ (seit April 1993)
- „Fortschreibung des Rechts- und Justizpolitischen Programms“ (seit August 1993)
- „Medizin-Ethik-Recht“ (seit September 1993)

Beschlüsse:

- Stellungnahmen zu den Themen der rechtspolitischen Fachtagung des BACDJ am 19. Juni 1993: Entschädigungsgesetz; Rechts- und Verwaltungsvereinfachungen für die neuen Länder; Kriminalitätsbekämpfung im Rechtsstaat

sowie Hochschule) teil. Der Kongreß fand in den Medien große Beachtung. Die Themen des Kongresses wurden von den Institutionen, Fach- und Berufsverbänden im Bereich Bildung und Wissenschaft aufgegriffen und diskutiert. Fazit: Mit dem bildungspolitischen Programmwurf und dem Wiesbadener Kongreß hat die CDU weit über die Parteigrenzen hinaus eine Grundsatzdebatte über die inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung des deutschen Bildungssystems in Gang gesetzt.

Im Lichte der Kongreßergebnisse überarbeitete der Bundesfachausschuß Kulturpolitik unter der Leitung von Dr. Georg Gölder MdL die bildungspolitische Diskussionsgrundlage „Für die Humane Leistungsschule und ein leistungsfähiges Hochschulsystem“ (vom 9. Juni 1992) für den 4. Parteitag in Berlin. Die Bundesgeschäftsstelle erstellte eine Kongreßdokumentation, die den Parteiliederungen und der interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Den Kreisverbänden wurde zusätzlich ein Veranstaltungsleitfaden „Bildung – Schlüssel zur Zukunft“ zur Verfügung gestellt.

3.3 Medienpolitisches Forum

Am 25. März 1993 führte der Bundesfachausschuß Medienpolitik ein ganztägiges Medienpolitisches Forum zum Thema „Eindämmung der Gewalt im Fernsehen“ durch. Etwa 150 Personen nahmen an der Veranstaltung im Bonner Konrad-Adenauer-Haus teil.

Nach der Eröffnung durch Generalsekretär Peter Hintze führte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses, PSt Bernd Neumann MdB, in das Thema ein. Professor Jo Groebl, Universität Utecht, sowie Joachim von Gottberg, ständiger Vertreter der Obersten Jugendbehörden der Länder bei der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft, behandelten in ihren Referaten insbesondere die Wirkung von Gewalt in den Medien auf die Zuschauer. An der anschließenden Podiumsdiskussion beteiligten sich unter der Gesprächsleitung von PSt Bernd Neumann neben Bundesministerin Dr. Angela Merkel MdB

und dem Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, PSt Dr. Reinhard Göhner MdB, der Direktor der rheinland-pfälzischen Landeszentrale für Private Rundfunkveranstalter, Dr. Reiner Hochstein, Vertreter der öffentlich-rechtlichen und privater Fernsehanstalten.

Das Forum hat dank seines breiten Medienechos einen gewichtigen Beitrag zur öffentlichen Diskussion über Gewalt in den Medien geleistet.

3.4 3. Umweltforum und Umweltbeauftragtenkonferenz

Das 3. Umweltforum und die 3. Konferenz der Umweltbeauftragten der CDU Deutschlands fanden am 28. Mai 1993 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn statt. Mehr als 400 Umweltbeauftragte der CDU-Kreisverbände, interessierte Bürger, Experten aus Wirtschaft, Umweltverbänden, Wissenschaft und Politik trafen zusammen, um über den Entwurf des neuen Grundsatzprogramms der CDU und den Zusammenhang von Umwelt und Wirtschaftspolitik zu diskutieren.

Bundesumweltminister Prof. Klaus Töpfer, Generalsekretär Peter Hintze und PSt Dr. Reinhard Göhner diskutierten mit den Teilnehmern. Besonderes Interesse fand das Streitgespräch zwischen Bundesminister Prof. Klaus Töpfer und Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker (Präsident des „Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie“) über den Entwurf des neuen Grundsatzprogramms.

Das Forum „Umweltschutz in Deutschland – Plus oder Minus für den Wirtschaftsstandort“ befaßte sich mit der aktuellen Standortproblematik und den Auswirkungen der deutschen Vorreiterrolle im Umweltschutz auf die Wirtschaft. An der Podiumsdiskussion beteiligten sich neben dem sächsischen Umweltminister Arnold Vaatz und dem wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Rainer Haungs MdB, führende Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft.

Bei der anschließenden Umweltbeauftragtenkonferenz erläuterte Ulrich Klinkert MdB, umweltpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, die Ergebnisse der Umweltpolitik von Fraktion und Bundesregierung. Unter der Leitung von Kurt-Dieter Grill MdL, dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Umweltpolitik, diskutierten PSt Dr. Bertram Wiczorek, Dr. Klaus Lippold, Vorsitzender der Enquete-Kommission zum Schutz der Erdatmosphäre, Prof. Dr. Norbert Rieder MdB, Obmann der CDU/CSU-Fraktion in der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“, sowie die Umweltbeauftragten Gisela Janßen (Peine) und Ellen Rudel (Erfurt) die Schwerpunkte der umweltpolitischen Arbeit in den nächsten Jahren.

3.5 Fachtagung „Recht sichert die Freiheit“

Am 19. Juni 1993 fand in Schwerin die vom Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen

(BACDJ) vorbereitete Rechtspolitische Fachtagung „Recht sichert die Freiheit – Perspektiven der Rechtspolitik in den neuen Ländern“ mit ca. 200 Teilnehmern statt.

Das Forum I behandelte das Thema „Das Entschädigungsgesetz: Wiedergutmachung für unrechtmäßige Enteignungen in der ehemaligen DDR“. Der Entwurf des Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetzes stieß bei den Teilnehmern der Tagung auf verfassungsrechtliche Bedenken, wobei insbesondere die Wertschere zwischen Entschädigung in Geld und Grundstücksrückgabe kritisiert wurde. Zudem forderte der BACDJ, im Entschädigungsgesetz auch Ausgleichleistungen in natura vorzusehen. Entschädigungszahlungen für Vertriebene sollten in einem eigenen Gesetz vorab geregelt werden.

Im Forum II „Rechts- und Verwaltungsvereinfachungen für die neuen Länder im praktischen Vollzug“ wurde deutlich gemacht, daß die Übernahme des gesamten bundesdeutschen Rechts in den neuen Ländern, insbesondere im öffentlichen Planungs- und Verfahrensrecht, auf Schwierigkeiten im praktischen Vollzug stößt. Das öffentliche Recht der Bundesrepublik Deutschland werde nicht immer den Anforderungen an eine im Aufbau befindliche Verwaltung in den neuen Ländern gerecht. Zwar habe der Gesetzgeber mit dem Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz den richtigen Weg eingeschlagen, es sei jedoch erforderlich, daß zur Schaffung eines investitionsfreundlichen Verwaltungsrechts zeitlich befristete Sonderregelungen für die neuen Länder getroffen werden.

In der Plenumsveranstaltung „Wehrhafte Demokratie – Herausforderungen an die Kriminalitätsbekämpfung im Rechtsstaat“ wurde mit Sorge auf die anwachsende Kriminalität und zunehmende Gewaltbereitschaft in Deutschland verwiesen. Nicht nur die organisierte Kriminalität, sondern auch die Massenkriminalität müsse wirksamer als bisher bekämpft werden. Um die Zunahme von Gewaltdelikten besser eindämmen zu können, seien effektivere Maßnahmen als bisher erforderlich. Deshalb wurde ein entsprechender Maßnahmenkatalog verabschiedet.

Die Beiträge zu diesem Kongreß werden zur Zeit redigiert und sollen im Rahmen einer Dokumentation der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt werden.

3.6 Fachkongreß „Gesund durch Sport im Alter“

Der Fachkongreß „Gesund durch Sport im Alter“ am 21. Juni 1993 in Bonn mit 400 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet wurde gemeinsam vom Bundesfachausschuß Sport und der Senioren-Union vorbereitet. Der Kongreß diente der Darstellung der positiven gesundheitlichen Auswirkungen von Sport im Alter und der daraus zu ziehenden politischen Konsequenzen. Im Mittelpunkt standen Reden von Generalsekretär Peter Hintze, Bundesministerin

Hannelore Rönsch und Prof. Wildor Hollmann, dem Präsidenten des Weltverbandes der Sportmediziner.

Prof. Hollmann bewies anhand neuester wissenschaftlicher Untersuchungsergebnisse, daß Sport und Bewegung dem körperlichen und geistigen Altersprozeß entgegenwirken können. Bundesministerin Hannelore Rönsch machte deutlich, daß der Bereich „Senioren und Sport“ bereits als ein Förderungsziel in den Bundesaltenplan aufgenommen wurde, daß jedoch noch große Defizite im Sportangebot für Ältere – insbesondere in den neuen Bundesländern – zu verzeichnen seien. Generalsekretär Peter Hintze forderte, daß Bundesregierung, Landesregierungen, kommunale Spitzenverbände und Sportorganisationen verstärkt zusammenarbeiten müßten, um konkrete Maßnahmen zur Förderung von Sport im Alter auf den Weg zu bringen. Er appellierte besonders an die Senioren-Union, durch Öffentlichkeitsarbeit und Initiativen innerhalb der Union die Idee von „Sport im Alter“ zu verbreiten.

3.7 Grundsatzprogramm-Kongreß

Am 25. und 26. Juni 1993 fand im Bonner Konrad-Adenauer-Haus der Grundsatzprogramm-Kongreß „Freiheit und Verantwortung“ statt. Experten, Wissenschaftler und Persönlichkeiten aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens, Vertreter von Wirtschaft und Gesellschaft, Repräsentanten der Kirchen und Verbände sowie Gäste aus dem Ausland waren eingeladen. Über 800 Personen aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens und aus der Partei nahmen an dem Kongreß teil.

Bundeskanzler Helmut Kohl sprach über Grundlagen und Grundsätze christlich-demokratischer Politik. In seiner Rede hob der Parteivorsitzende hervor, daß sich die CDU als erste Partei in Deutschland nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ein gesamtdeutsches Grundsatzprogramm gibt. Der Entwurf sei eine organische Weiterentwicklung, Aktualisierung, Präzisierung und Ergänzung der im Ludwigshafener Grundsatzprogramm niedergelegten Grundpositionen. Die CDU wolle „die Tugenden des Bürgersinns und der Verantwortung für das Ganze wieder stärker zur Geltung bringen“ und „Leistung wieder höher bewerten als Ansprüche“. Die Debatte über das Grundsatzprogramm sei gerade heute von elementarer Bedeutung für die ganze Gesellschaft. In der anschließenden Podiumsdiskussion zum „C“ der CDU stellten sowohl der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, als auch der Dresdener Landesbischof Johannes Hempel und Dr. Renate Köcher vom Institut für Demoskopie in Allensbach heraus, daß insbesondere die christlichen Wertgrundlagen für das Zusammenleben in einer humanen Gesellschaft unverzichtbar sind. Es bestand Einigkeit sowohl auf dem Podium als auch in der Diskussion mit dem Publikum, daß in der Sorge für die christlichen Fundamente auch unserer säkulari-

sierten Gesellschaft eine besondere Verpflichtung der Christlich Demokratischen Union zu sehen ist.

In fünf parallelen Foren befaßten sich die Teilnehmer mit den weiteren Kapiteln des Grundsatzprogramms. Die einführenden Erklärungen der Referenten und die Diskussion mit dem Publikum in den verschiedenen Foren bestätigten, daß der Entwurf des neuen Grundsatzprogramms nicht nur die entscheidenden Fragen der Zukunft unseres Landes getroffen hat, sondern auch die richtigen Weichenstellungen und politischen Ziele zur Lösung der anstehenden Sachfragen und Probleme formuliert. Das Grundsatzforum fand eine erfreulich positive Resonanz und war für den Diskussionsprozeß außerordentlich fruchtbar. Die Referate werden im September 1993 in einem Sammelband des Olzog-Verlags erscheinen und damit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

3.8 Aktion „Wir machen uns stark für Europa“

Nach dem 3. Parteitag wurde die zweite Phase der Europa-Aktion eingeleitet. Für die Umsetzung der europapolitischen Beschlüsse von Düsseldorf wurden sechs Broschüren zu den einzelnen Schwerpunktthemen erstellt. Das Engagement der CDU für ein subsidiäres, föderales und demokratisches Europa wurde mit der Einsetzung einer hochrangigen Expertengruppe zur Erarbeitung der in Düsseldorf geforderten europäischen Verfassung unterstrichen.

Die in der ersten Phase der Europa-Aktion bereits eingeleiteten Maßnahmen wurden fortgeführt und intensiviert. Neue Schwerpunkte wurden bei den Themen Binnenmarkt, Grundsatzprogramm-Diskussion und neue Bundesländer gesetzt. Im Rahmen der Aktion fanden in fast allen Landes- und in vielen Bezirks-, Kreis- und Gemeindeverbänden europapolitische Veranstaltungen statt. Auch die Vereinigungen haben sich mit eigenen Aktivitäten beteiligt.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei der Information der Mitglieder und Funktionsträger. Die Publikationen der CDU berichten deshalb regelmäßig über europapolitische Themen. Ende 1992 wurde in Zusammenarbeit mit der EVP-Fraktion ein Magazin zur Arbeit des Europäischen Parlaments herausgegeben, das die Kernthemen europäischer Politik behandelt und die Unionsabgeordneten im Europaparlament vorstellt.

3.9 „Eine-Welt-Aktion '93“

Der Startschuß für die „Eine-Welt-Aktion '93“ der CDU fiel Anfang Juli dieses Jahres. Unter dem Motto „Umwelt und Entwicklung vor Ort“ sollen die Parteilgliederungen im Rahmen dieser Aktion die Devise „Global denken und handeln - lokal mitdenken und handeln“ in die Praxis umsetzen. Leitmotiv sind dabei die Forderungen der Umwelt-Konferenz von Rio (2. bis 14. Juni 1992), die auch die Gemeinden weltweit in die Pflicht nehmen.

Mit der „Eine-Welt-Aktion '93“ will die CDU Signale setzen: Entwicklungspolitik verlangt von uns allen Umdenken und Neuorientierung, wenn wir verhindern wollen, daß die weltweiten Probleme von heute zu den globalen Katastrophen von morgen eskalieren. Je rascher sich die neue Umweltethik und das Verantwortungsbewußtsein für die Eine Welt verbreiten, umso eher können die Nachzügler im Umweltschutz überzeugt und die notorischen Umweltsünder isoliert werden.

Deshalb hat sich die CDU zum Ziel gesetzt, die Vorreiterrolle auf diesem Feld zu übernehmen. Ein spezieller Aktions-Leitfaden gibt Anstöße zum Selbermachen, das Beiheft „Texte-Reden-Gedanken“ bietet eine hilfreiche Materialsammlung, und eine Wandzeitung informiert über unser Engagement für Umwelt und Entwicklung. Nicht nur die Gliederungen der CDU, sondern auch viele Organisationen aus der kirchlichen und privaten Entwicklungszusammenarbeit, Bildungseinrichtungen und nicht zuletzt die Medien haben das Begleitmaterial zu dieser Aktion abgerufen.

3.10 Aktion zur Asylpolitik „Liebe SPD-Mitglieder!“

Um die SPD zu bewegen, die notwendige Verfassungsänderung mitzutragen, startete CDU-Generalsekretär Peter Hintze im Vorfeld des SPD-Sonderparteitages Mitte November 1992, der zum Asylrecht einen Beschluß fassen sollte, die Aktion „Liebe SPD-Mitglieder“. Am 5. November 1992 veröffentlichte der Generalsekretär in überregionalen Zeitungen einen Brief an die Mitglieder der SPD und forderte diese darin auf, auf ihre Parteiführung einzuwirken, damit die Sozialdemokraten der Änderung des Grundgesetzes zustimmen. Diese Anzeige wurde von einer entsprechenden Plakat-Aktion begleitet.

In einem Rundschreiben an die Gliederungen der Partei vom 4. November 1992 erläuterte der Generalsekretär diese Aktion und bat darum, sie vor Ort mitzutragen. Dazu wurden von der Bundesgeschäftsstelle Mustervorlagen für Anzeigen, Flugblätter, offene Briefe sowie eine Grundausstattung an Plakaten zur Verfügung gestellt.

Nachdem die intensiven Verhandlungen zwischen den Koalitionsfraktionen und der SPD über eine Neuregelung des Asylrechts am 6. Dezember 1992 zu einem tragfähigen Kompromiß geführt hatten, der den Weg zu einer Änderung des Grundgesetzes und damit zu effektiven Maßnahmen gegen den Asyl-Mißbrauch frei machte, übermittelte der Generalsekretär den Gliederungen der Partei am darauffolgenden Tag den Wortlaut der getroffenen Vereinbarung. Am 11. Dezember 1992 übersandte die Bundesgeschäftsstelle als ergänzende Materialien zur Information und Argumentation Erläuterungen zum Ergebnis der Verhandlungen, Fakten und Probleme zum Asylrecht in Deutschland sowie eine Musterpresseerklärung.

3.11 Aktionstage Agrarpolitik

Um Handlungsempfehlungen zu gewinnen und die Belange der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern besser im neuen Agrarkonzept der CDU berücksichtigen zu können, hat die Agrarkommission des Bundesvorstandes zusammen mit der Arbeitsgruppe Landwirtschaft der CDU-Ländtagsfraktion Brandenburg vom 15.-17. Februar 1993 eine Aktion „Landwirtschaft“ in der Uckermark/Brandenburg durchgeführt.

Im Mittelpunkt stand eine Anhörung von Politikern, Wissenschaftlern und Landwirten aus alten und neuen Bundesländern. Die Chancengleichheit der sich herausbildenden Betriebsformen in der Landwirtschaft, der faire Interessensausgleich zwischen Wieder- und Neueinrichtern sowie LPG-Nachfolgeunternehmen, die langfristige Verpachtung der Treuhandflächen, die Vermögensauseinandersetzung und die Dorfentwicklung waren die bestimmenden Themen der Diskussion.

Bei einem Besuch des deutsch-polnischen Nationalpark-Projektes „Unteres Odertal“ unterstrichen die Teilnehmer, daß die CDU Nationalpark- und Biosphärenkonzepte grundsätzlich unterstützt, daß der notwendige Naturschutz aber nur mit und nicht gegen die Landwirte realisiert werden kann.

Bei der Besichtigung von Betrieben der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft wurde deutlich, daß die Umstrukturierung des Agrarsektors und des Verarbeitungsbereichs schon weit fortgeschritten ist und daß die Betriebe dank der vom Bund geschaffenen Rahmenbedingungen und der gewährten Anpassungshilfen auf einem guten Weg sind. Einig war man sich darüber, daß die Forstwirtschaft ebenso wie die Landwirtschaft größtenteils privatisiert werden müsse. Zwei in Görzitz und Templin durchgeführte Bauernversammlungen bestätigten die Ergebnisse der Anhörung und der Betriebsbesichtigungen.

Am 17. Februar fand eine abschließende Pressekonferenz in Templin statt. Die Medienpräsenz war gut und die Berichterstattung über die gesamte Aktion erfreulich positiv.

3.12 Aktionstage Wirtschaftspolitik

– „Die Erneuerung industrieller Kerne und der Erhalt industriell leistungsfähiger Regionen“ - so lautete das Thema einer Tagung des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik am 6. Mai 1993 in Leipzig. Anlässlich einer von der Treuhandanstalt durchgeführten Investorenbörse wurde die Gelegenheit für Gespräche mit Geschäftsführern und Liquidatoren von über 100 mittelständischen Unternehmen, vorwiegend aus dem sächsischen Raum, genutzt.

In der anschließenden Beratung des Bundesfachausschusses erläuterte Ministerpräsident Prof.

Dr. Kurt H. Biedenkopf die Grundzüge und Ziele des vom Freistaat Sachsen entwickelten ATLAS-Projektes. Erfahrungen bei der Anpassung der neuen Länder an die marktwirtschaftlichen Bedingungen aus Sicht eines Unternehmens wurden von Manfred Baum, dem stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der Takraf AG (Leipzig), eingebracht. Ein Ziel der Erneuerung industrieller Kerne und des Erhaltes industriell leistungsfähiger Regionen müsse die Verlängerung der Zeitachse für den Aufbau neuer, leistungsfähiger Wirtschaftsstrukturen sein. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung gehe es auch darum, die Leistungsfähigkeit insgesamt zu erhalten.

- „Die Zukunft wagen - Thüringen im Aufbruch“ - so lautete das Thema einer regionalen Wirtschaftskonferenz des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik in Rudolstadt am 6. Juli 1993. Im Mittelpunkt stand eine Zwischenbilanz über die wirtschaftliche Entwicklung seit Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. An der anschließenden Podiumsdiskussion zu den wirtschaftlichen Perspektiven für die Region beteiligten sich Vertreter aus Wirtschaft, Verbänden und Politik. Die Konferenz stieß auf großes Medieninteresse.

Bei Betriebsbesichtigungen am Rande der Konferenz wurde deutlich, daß sich die Unternehmen in den neuen Bundesländern in einem dramatischen Umstellungsprozeß befinden. Den Abschluß bildete ein ausführlicher Gedankenaustausch mit dem Geschäftsführenden Vorsitzenden der Jenoptik GmbH, Lothar Späth, der die Chancen und Risiken der wirtschaftlichen Entwicklung in Thüringen und speziell in Jena darstellte. Dabei wurde auch deutlich, daß auf Grund der Konkurrenz ost-, mittel- und südosteuropäischer Staaten die Zukunft der gesamten Region nur in markt- und wettbewerbsfähigen Produkten der Hochtechnologie liegen könne.

3.13 Aktion Mitgliederwerbung

Nach einer intensiven Vorbereitungsphase mit Modellversuchen in mehreren Kreisverbänden hat die Bundesgeschäftsstelle eine neue Mitgliederwerbemaßnahme vorgestellt. Das Konzept geht von neuen Formen der Zielgruppenansprache aus und präsentiert drei Aktionsmodelle für erfolgreiche Mitgliederwerbung. Die Gesamtaktion steht unter dem Motto „Zeit zum Mitmachen – Ergreifen Sie Partei!“ und trägt sowohl den aktuellen werblichen Entwicklungen wie auch dem Problem der Parteienverdrossenheit Rechnung. Ein „Aktionslogo“ mit dem Leitmotiv wird künftig alle Materialien zur Mitgliederwerbung kennzeichnen.

Mit der Entwicklung der Sonderaktionen „Politik weiblich“ und „Jetzt seid Ihr gefragt!“ wurde ein besonderes Augenmerk auf die Kommunikation mit

jungen Leuten, insbesondere mit jungen Frauen, gelegt. Die aus erfolgreichen Modellversuchen in Bremen und Ludwigshafen entstandenen Konzepte wurden auch werblich umgesetzt, so daß den Parteilgliederungen nunmehr geeignete Handreichungen für die Ansprache dieser Zielgruppen vorliegen.

An der im Rahmen der Materialien zur Mitgliederwerbung vorgestellten Aktion „Schnupper-Mitgliedschaft“ beteiligten sich eine Reihe von Kreisverbänden. Das offene Angebot der „Schnupper-Mitgliedschaft“ schlägt eine unkomplizierte Brücke zwischen Interesse und Mitgliedschaft, bietet Zeit und Gelegenheit zum Kennenlernen und erhöht gleichzeitig Aktivität und Attraktivität der beteiligten Verbände.

3.14 Herbstaktion in den neuen Bundesländern

Die CDU in Bund, Ländern und Gemeinden hat zum Aufbau der neuen Bundesländer gewichtige politische Beiträge geleistet. Zwar sind noch viele Probleme zu lösen, doch ist der Umbruch in vollem Gang, und Erfolge sind unübersehbar. Ziel der Herbstaktion war es, der Bevölkerung das bisher Erreichte positiv darzustellen. Für Bund, Länder und Gemeinden wurden „Halbzeitbilanzen“ erstellt, die in Veranstaltungen und Aktionen als Grundlage für die Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern dienen.

Zur Vorbereitung dieser Herbstaktion hatten die Landesverbände im Sommer 1992 in ausgewählten Geschäftsstellenbereichen sogenannte „Modellwochen“ durchgeführt. Ziel dieser Modellwochen war die Erprobung praktischer Parteiarbeit - trotz schwieriger Außenbedingungen. Die Erfahrungen wurden in einem Leitfaden zusammengefaßt und allen Kreisverbänden verfügbar gemacht. Herbstaktion und Modellwochen wurden von Anfang an zusammen mit den Landesverbänden in den neuen Bundesländern geplant. Die letzte Entscheidung lag jedoch bei den jeweils zuständigen Kreisverbänden.

Ziele der Herbstaktion:

- Durchführung möglichst zahlreicher Bürgerveranstaltungen in jedem Kreisverband, insbesondere mit den ortsansässigen Politikern,
- Stärkung des Profils der CDU als bürgernahe Volkspartei,
- Vorlage von Leistungsbilanzen zur Halbzeit der Legislaturperioden in Bund, Ländern und Gemeinden,
- Mobilisierung der Partei zu einer Art „Zwischenwahlkampf“,
- Belebung der Partnerschaften zwischen ost- und westdeutschen Kreisverbänden,
- zusätzliche Motivation der Funktions- und Mandatsträger,

- Erprobung „neuer Veranstaltungsformen“,
- Mitgliederwerbung und
- Verbesserung der Pressearbeit.

Ergebnisse:

- Die Herbstaktion war insgesamt erfolgreich und übertraf die Erwartungen. 90 Prozent aller Kreisverbände beteiligten sich; 764 Veranstaltungen wurden durchgeführt.
- Viele Funktions- und Mandatsträger haben sich stark engagiert. Häufig haben sich jedoch diejenigen Parteimitglieder zu Vorreitern der Aktion gemacht, die ohnehin durch öffentliche Ämter oder Mandate hoch belastet sind.
- Die Präsenz der Politiker vor Ort wurde positiv aufgenommen. Dies gilt gleichermaßen für die Politiker von Bund, Ländern und Gemeinden. Die Bürger würdigen, daß sich die CDU öffentlich stellt. Teilweise herrschte sogar der Eindruck, daß die Bevölkerung geradezu auf das verstärkte Partei-Engagement gewartet hat.
- Die Veranstaltungen waren insbesondere dort erfolgreich, wo die Menschen mit ihren Problemen zu Wort kamen. Ähnlich wie bei den Modellwochen hat sich auch bei der Herbstaktion gezeigt, daß kleinere Veranstaltungen, vor allem Zielgruppen-gespräche, oft eine größere und anhaltendere Resonanz finden als aufwendig geplante Großveranstaltungen.
- In einem Großteil der Veranstaltungen kam die ursprünglich geplante Absicht, zur Halbzeit der Legislaturperiode Bilanz zu ziehen, zwar zum Ausdruck; naturgemäß standen allerdings die persönlichen Probleme der Menschen im Vordergrund: Sie warten weniger auf eine Bilanz der Vergangenheit als vielmehr auf glaubwürdige und verlässliche Zukunftsperspektiven.
- Erfreulicherweise hat eine Anzahl von Kreisverbänden auch erfolgreich mit den sogenannten „neuen Veranstaltungsformen“ („Talk-Shows“, Streitgespräche, verschiedene Vor-Ort-Aktionen) gearbeitet.
- Eine wesentliche oder gar flächendeckende Belegung der Partnerschaften zwischen ost- und westdeutschen Kreisverbänden konnte nicht festgestellt werden. Dort, wo im Rahmen von Partnerschaften zusammengearbeitet wurde, funktionierte diese Zusammenarbeit jedoch sehr gut.
- Das Presseecho zu den Veranstaltungen im Rahmen der Herbstaktion war beachtlich. Es hat sich bewährt, die Aktionswochen mit einer Pressekonferenz zu beginnen: Die verstärkte Kontaktsuche der Partei zu Pressevertretern hat zu einer deutlichen Belegung der Berichterstattung geführt.

3.15 „Union in Deutschland“ (UiD)

Der Informationsdienst „Union in Deutschland“ (UiD) erscheint wöchentlich (mindestens 40 Ausgaben im Jahr). Der UiD enthält Informationen zu aktuellen politischen Ereignissen und Argumentationshilfen zu wichtigen Sachfragen. Er informiert damit über die jeweilige Beschlußlage der Partei, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Bundesregierung.

Der UiD enthält regelmäßig einen grünen Teil (Dokumentation), in dem ein aktuelles Thema ausführlich behandelt wird bzw. Parteitagbeschlüsse, Regierungserklärungen, Koalitionsvereinbarungen, Wahlergebnisse u.ä. dokumentiert werden.

Der UiD weist außerdem regelmäßig auf aktuelle Informations- und Werbematerialien der Bundesgeschäftsstelle hin und gibt Ratschläge und Tips für die Öffentlichkeitsarbeit der Parteigliederungen. Mehrmals im Jahr erscheint als rosa Beilage ein Gesamtangebot der Informations- und Werbematerialien der Bundespartei.

3.16 „Entscheidung '94“

Seit Ende März dieses Jahres gibt es eine weitere UiD-Beilage: „Entscheidung '94“ dient der Vorbereitung auf das Wahljahr 1994 und bietet vierwöchentlich wichtige Informationen für alle Wahlkämpfer, insbesondere für Mandatsträger und Kandidaten.

Für die Landesverbände gibt es nach wie vor die Möglichkeit einer regionalen Beilage (gelber Teil), von der im Berichtszeitraum die Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg Gebrauch gemacht haben.

3.17 Union Magazin

Das Mitgliedermagazin „Union – das Magazin der CDU Deutschlands“ ist seit Oktober 1992 dreimal erschienen und hat zur Zeit eine Auflage von 715.000 Exemplaren. Der vom Parteivorsitzenden Helmut Kohl berufene Redaktionsbeirat unter Vorsitz des Sprechers der CDU koordiniert die redaktionelle Zielsetzung, nimmt Einfluß auf die mittel- und langfristige Themenplanung und stellt die enge Anbindung an die Bundespartei sicher.

3.18 Sonstige Publikationen

Infifax

Zu aktuellen Themen wie z.B. Pflegeversicherung, Asylrecht, Kündigungsschutz, Solidarpakt erhielten die Verbände der CDU schnelle Informationen durch das Infifax-System. Dadurch waren unsere Argumente in vielen Fällen vor Ort, bevor entsprechende Entscheidungen der Bundesregierung in den Abendnachrichten die Bürger erreichten.

Info-Service für CDU-Redakteure

Die Redakteure der über 1.500 örtlichen CDU-Zeitungen erhielten entsprechend der Nachrichtenlage mehrere Ausgaben dieses Informationsdienstes. Die Auswertung einer repräsentativen Anzahl von Zeitungen zeigte, daß sowohl die politischen Nachrichten als auch die Hilfen zur graphischen Gestaltung gut angenommen werden. Die Bereitstellung von Beiträgen mit „unpolitischem“ Inhalt hilft unseren Zeitungsmachern, ihre Veröffentlichungen noch lebendiger zu gestalten.

4. Pressearbeit

In einer sich ständig entwickelnden Medienlandschaft mit sich ständig verändernden Medienmärkten hat die Pressestelle damit begonnen, vor allem auf drei Gebieten ihre Arbeit zu intensivieren: Bei den elektronischen Medien soll der gewachsenen Bedeutung der Privatradios mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, ebenso den Anzeigenblättern, die durch ihre kostenlose Verteilung eine immer größer werdende Leserschaft erreichen. Der riesige Markt von Publikumszeitschriften, die als Frauen-, Hobby- oder Sportblätter auch an politischen Nachrichten interessiert sind, soll ebenfalls stärker ins Blickfeld der CDU-Pressearbeit rücken. Gerade im Hinblick auf das kommende Superwahljahr '94 wird die professionelle Arbeit vor allem auch im Bereich der Medien entscheidend sein.

In der Pressestelle ist eine zusätzliche journalistische Mitarbeiterin eingestellt worden, die wegen ihrer Kenntnisse der neuen Bundesländer die Aufgabe hat, die Pflege der Kontakte zu den dortigen Medien zu verstärken, um die Darstellung von CDU-Politik gerade in den neuen Bundesländern zu optimieren.

Daneben hat die Pressestelle ihre kontinuierliche tägliche Pressearbeit intensiv fortgesetzt. Im Berichtszeitraum wurden 264 Presseerklärungen veröffentlicht, zahlreiche schriftliche Interviews gegeben sowie telefonische und schriftliche Anfragen beantwortet; 45 Pressekonferenzen wurden vorbereitet und durchgeführt, hauptsächlich in Bonn, aber auch in anderen Orten. Hier hat sich gezeigt, daß Pressekonferenzen direkt am Ort des Geschehens, zum Beispiel zum Thema „Europapolitik“ in Brüssel oder zum Thema „SED-Vergangenheit“ in den neuen Ländern, oft eine größere Aufmerksamkeit erreichen und damit zu einem wirkungsvolleren Echo in den Medien führen. Die Pressestelle will dies in Zukunft in ihrer Arbeit noch stärker berücksichtigen.

Besonderes Interesse besteht bei in- und ausländischen Medien an Kontakten mit dem Parteivorsitzenden und dem Generalsekretär. Neben der Vermittlung von Interviews und Hintergrundgesprächen so-

Wandzeitungen

Über unseren Verteiler, der über die Kreisverbände auch alle Ortsverbände erreicht, die entsprechende Schaukästen haben, wurden wieder aktuelle Wandzeitungen verschickt. Im Mittelpunkt standen dabei unsere Forderungen für Menschenrechte und Aufrufe gegen Ausländerfeindlichkeit. Immer mehr gehen Verbände auch dazu über, unsere Wandzeitungen wie Plakate auch auf weißgrundierte Dreieckständer zu kleben. Sie sind dadurch vielerorts auch in wahlkampffreien Zeiten optisch präsent.

wie der Organisation von Pressekonferenzen war die journalistische Begleitung der Parteiführung zu größeren und kleineren Veranstaltungen wie Parteitag oder Kongressen eine wichtige Aufgabe der Pressestelle. Auch die pressemäßige Betreuung der Bundesausschüsse der CDU lag in den Händen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pressestelle.

Eine besondere Aufgabe entstand im Berichtszeitraum durch die inhaltliche und konzeptionelle Ausgestaltung der Öffentlichkeitsarbeit für das neue Grundsatzprogramm. Hier mußten einzelne Aspekte immer wieder neu aktualisiert werden, um eine möglichst interessante Diskussion in der Öffentlichkeit anzufachen.

An der publizistischen Vorbereitung und Durchführung des Grundsatzprogramm-Kongresses war die Pressestelle ebenso beteiligt wie an anderen Großveranstaltungen der Partei, zum Beispiel dem bildungspolitischen Kongreß, dem Umweltforum oder dem Bundesausschuß. Von der Einladung über die Akkreditierung bis hin zur inhaltlichen und organisatorischen Abwicklung unterschiedlichster Medienaktivitäten reicht hier das Arbeitsspektrum.

Zur Nachbearbeitung und Erfolgskontrolle aller Aktivitäten der Pressestelle gehört auch die Erstellung einer täglichen Presseschau, deren Attraktivität im Berichtszeitraum noch durch die verstärkte Berücksichtigung ostdeutscher Tageszeitungen gesteigert werden konnte.

Da zu einer erfolgreichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auch das äußere Erscheinungsbild gehört, wurden zu Beginn des Jahres ein neues Design und eine neue Ausstattung für CDU-Pressekonferenzen entwickelt und umgesetzt. Eine flexible Rückwand bietet die Möglichkeit, auf aktuelle Themen schnell zu reagieren. Die Wand und mehrere Rednerpulte (je nach Teilnehmerzahl) sind problemlos auf- und abbaubar, so daß sie an jedem Ort verwendbar sind.

Die Verbindung zu den Sprechern der Landesverbände, der Vereinigungen, der von der CDU geführten Landesregierungen, der Bundestags- und Landtagsfraktionen, der CSU sowie der Bundesregierung und ihrer Ministerien wird durch regelmäßige Treffen und einen intensiven Informationsaustausch gepflegt, um ein möglichst einheitliches journalistisches Erscheinungsbild auf allen Ebenen der Bundespartei zu erreichen.

5. Organisation

5.1 Neue Verwaltungs-Software

In den CDU-Kreisverbänden werden zur Zeit folgende Programme für die Abwicklung von Verwaltungsaufgaben eingesetzt:

- Textverarbeitung
- Mitglieder- und Zielgruppenverwaltung
- Beitragsverwaltung
- Finanzbuchhaltung
- Organisationshandbuch.

Diese Programme werden überwiegend auf PC-Systemen und Netzwerken genutzt. Nur in einigen Verbänden sind noch Mehrplatzsysteme (WANG-VS-Anlagen) im Einsatz. Bei der Textverarbeitung wird auf die marktüblichen Standard-Produkte (MICROSOFT WINWORD) verwiesen. Für einen reibungslosen Dokumentenaustausch innerhalb der CDU wird dieses Textverarbeitungsprogramm empfohlen.

Die Programme für die Verwaltung von Mitglieder- und Beitragsdaten wurden 1993 neu entwickelt; sie werden seit Mitte des Jahres nach und nach in den Kreisverbänden eingeführt; gleichzeitig werden die Mitarbeiter entsprechend geschult. Das Modul „Mitgliederverwaltung“ ermöglicht den Datenaustausch mit der Zentralen Mitgliederkartei (ZMK). Bei dem Programm „Finanzbuchhaltung“ für die Ermittlung des Rechenschaftsberichtes handelt es sich um ein Standardprogramm, das an die Bedürfnisse der Kreisverbände angepaßt wurde. Das Organisationshandbuch der CDU ist alternativ zu der gedruckten Fassung inzwischen auch als Diskette erhältlich.

5.2 Elektronisches Kommunikations-System

Derzeit wird ein Konzept für den Einsatz eines elektronischen Kommunikationssystems innerhalb der CDU entwickelt. Unter Einhaltung von Standards wird ein elektronisches „Mail-System“ eingerichtet. Damit können die Gliederungen jedem angeschlossenen Teilnehmer Mitteilungen, Dokumente und sonstige Daten auf elektronischem Wege übersenden. Auf diese Weise kann der innerparteiliche Informationsfluß erheblich verbessert und beschleunigt werden. Jeder Teilnehmer erhält ein „elektronisches Postfach“, in dem die eingehenden Informationen gesammelt und durch den Empfänger abgerufen werden können. Dieses „elektronische Postfach“ kann nur vom autorisierten Teilnehmer eingesehen werden. Die Ausrichtung auf Standards und die Auswahl der erforderlichen Produkte erlaubt eine kontinuierliche Erweiterung des Systems. Bei entsprechenden technischen Voraussetzungen kann auch mit Dritten ein Datenaustausch erfolgen. – Das elektronische Kommunikations-System der CDU soll sich bereits im Wahljahr 1994 bewähren.

5.3 DATEX-J-Erprobungsphase

Die umfassende Information der Parteigliederungen, der Mitglieder und Wähler ist eine ständige Heraus-

forderung für die Bundespartei. Mit der Einführung der Elektronischen Datenverarbeitung (EDV) auf Bundes-, Landes-, Bezirks- und Kreisverbandsebene Ende der sechziger Jahre wurde ein erster wichtiger Schritt zur Rationalisierung der Informationsverarbeitung getan.

Der nächste Schritt war die Vernetzung der einzelnen EDV-Plätze mit der Möglichkeit, weitere Ebenen anzuschließen, so zum Beispiel die Ortsverbände oder Mitglieder mit eigenem PC. Die Vernetzung erleichtert und beschleunigt die Informationsbeschaffung und erhöht die Erreichbarkeit der einzelnen Ebenen.

Das oben beschriebene Kommunikationssystem verbindet die einzelnen EDV-Arbeitsplätze der hauptamtlichen Mitarbeiter, Mitglieder und interessierte Wähler werden durch eine einfachere Technik an das Informationssystem der CDU-Bundesgeschäftsstelle angeschlossen. Zu diesem Zweck wird die CDU-Bundesgeschäftsstelle noch in diesem Herbst probeweise Anbieter im BTX-System der Telekom. Die Telekom hat BTX in den neuen Dienst DATEX-J (J für „Jedermann“) integriert, der nicht nur BTX bereithält, sondern auch Übergänge in andere Netze und Dienste der Telekom zum Ortstarif ermöglicht. Über BTX sollen aktuelle Informationen der Bundesgeschäftsstelle allen Anwendern zur Verfügung gestellt werden.

5.4 Organisation der CDU in den neuen Landesverbänden

In allen neuen Bundesländern haben die Landesparlamente 1992/93 die gesetzlichen Grundlagen zur Neuordnung der Landkreise geschaffen. Die CDU muß deshalb nun ihre Organisationsstruktur auf Grundlage des Parteistatuts und der jeweiligen Landdessatzungen den neuen Bedingungen anpassen.

Wegen der im Dezember 1993 anstehenden Kreistagswahl hat der Landesverband Brandenburg die Neuordnung der Kreisverbände bereits vollzogen und aus ehemals 40 folgende 15 neuen Kreisverbände gebildet: Barnim, Cottbus-Stadt/Spree-Neiße, Elbe-Elster, Frankfurt/Oder, Havelland, Märkisch-Oderland, Oberhavel, Oberspreewald-Lausitz, Oder-Spree, Ostprignitz-Ruppin, Potsdam-Mittelmark, Prignitz, Spreewald-Dahme, Teltow-Fläming, Uckermark. In den Landesverbänden Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen erfolgt die Neuordnung zur Zeit. Die Zahl der hauptamtlich besetzten Kreisgeschäftsstellen wurde im Landesverband Brandenburg ebenfalls den neuen Gegebenheiten angepaßt. Gleiches ist in den anderen neuen Landesverbänden vorgesehen.

Die Bundesgeschäftsstelle unterstützt die Landes- und Kreisverbände bei der Umstrukturierung organisatorisch und bei satzungrechtlichen Fragen. Die Neuordnung der Kreisverbände erfordert aber auch

die Zusammenführung der einzelnen Mitglieder-Karteien zur Vorbereitung der Listenaufstellungen für die kommenden Wahlen. Gemeinsam mit den neuen Landesverbänden hat die Bundesgeschäftsstelle in zwei gesonderten Landesgeschäftsführerkonferenzen erste Vorbereitungen für die Wahlkämpfe im kommenden Jahr getroffen.

5.5 Schulungen für Hauptamtliche

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat ihr Fortbildungsprogramm für Hauptamtliche im Berichtszeitraum weiter ausgebaut. Von Herbst 1992 bis Frühjahr 1993 fanden Seminare für Kreisgeschäftsführer/innen statt. In diesen Seminaren wurden die Teilnehmer praxisnah mit neuen Arbeitsweisen und den entsprechenden Techniken vertraut gemacht. Zusätzlich wurden einwöchige Praktika für neuingestellte Kreisgeschäftsführer/innen angeboten.

Erstmals wurde auch den Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle die Möglichkeit einer hausinternen Weiterbildung geboten. So fand ein ganztägiges Seminar „Arbeitsmethodik und Zeitmanagement für die Sekretariatspraxis“ statt, an dem 28 Mitarbeiterinnen teilnahmen.

5.6 Organisationshandbuch

Seit dem Parteitag in Düsseldorf wurden zwei Nachlieferungen für das Organisationshandbuch herausgegeben; die dritte Nachlieferung erschien im November 1992, die vierte im Mai 1993. Die Postleitzahlen-

umstellung zum 1. Juli 1993 machte eine vollständige Neubearbeitung erforderlich. Neben rund 2.000 Adreßänderungen wurde die 4. Nachlieferung auf vielfachen Wunsch der Gliederungen um Anschriften der Bundesregierung sowie um Angaben auf Kreisverbandsebene wie Zweitstimmenergebnisse der letzten Bundestagswahl, Landrat bzw. Beigeordnete, Kreistag mit Fraktionsstärke und Vorsitzender der CDU-Fraktion erweitert.

Die Nachfrage aus den Gliederungen nach dem Organisationshandbuch auf Diskette steigt. Ziel ist, das Organisationshandbuch in Zukunft möglichst auf Diskette zu vertreiben; dadurch würde das Handbuch aktueller und auch preiswerter, da der zeit- und kostenaufwendige Nachdruck entfallen könnte.

5.7 Besuchergruppen

Im Berichtszeitraum haben 152 größere Gruppen mit 8.550 Teilnehmern das Konrad-Adenauer-Haus besucht. Zusätzlich wurden aber auch kleinere Gruppen von Parteimitgliedern und interessierten Bürgern mit der CDU-Bundesgeschäftsstelle und ihren Aufgaben bekannt gemacht. Insgesamt hat der Besucherdienst mehr als 9.100 Personen betreut. Seit 1987 werden im Rahmen des Besucherdienstes zusätzlich zu den Informationen über die Arbeit der Parteizentrale auch politische Diskussionen mit Mitarbeitern der Hauptabteilungen Politik und Öffentlichkeitsarbeit sowie Vorträge zu speziellen Themen der Parteiarbeit arrangiert.

IV. Die Mitgliederentwicklung in der CDU

1. Mitgliederzahlen und regionale Mitgliederentwicklung

Am 31. Juli 1993 hatte die CDU Deutschlands 694.932 Mitglieder, davon 607.593 in den zwölf alten und 87.339 Mitglieder in den fünf neuen Landesverbänden.

Landesverband	Mitglieder	
	31.12.1992	31.7.1993
Baden-Württemberg	87.927	86.248
Berlin	15.956	15.393
Brandenburg	11.292	10.707
Bremen	3.773	3.710
Hamburg	12.747	12.195
Hessen	61.238	60.532
Mecklenburg-Vorpommern	12.375	11.324
Braunschweig	9.488	9.296
Hannover	68.913	67.589
Oldenburg	16.955	16.770
Nordrhein-Westfalen	217.687	213.371
Rheinland-Pfalz	67.134	65.762
Saarland	24.184	23.608
Sachsen	28.156	25.787
Sachsen-Anhalt	18.636	17.250
Schleswig-Holstein	33.577	33.119
Thüringen	23.808	22.271

2. Dauer der CDU-Mitgliedschaft (Stand 31.7.1993)

Dauer der Mitgliedschaft	Mitglieder in Prozent
unter 10 Jahre	29,0 %
10-20 Jahre	39,0 %
über 20 Jahre	31,9 %
Ohne Angaben	0,1 %

3. Struktur der CDU-Mitgliedschaft

3.1. Geschlecht

In der CDU Deutschlands sind 25,1 % der Mitglieder (174.254) weiblich und 74,9 % (520.678) männlich. In den alten Bundesländern liegt der Frauenanteil bei 23,4 % und in den neuen Ländern bei 36,9 %.

3.2 Alter

Ein Vergleich der Altersstrukturen der CDU in den alten und in den neuen Landesverbänden ergibt folgendes Bild:

Alter	gesamt	alte Länder	neue Länder
16-24	1,9 %	1,9 %	1,9 %
25-29	3,6 %	3,4 %	5,0 %
30-39	12,1 %	10,9 %	20,3 %
40-49	20,8 %	20,4 %	23,7 %
50-59	29,2 %	30,1 %	23,0 %
60-69	18,2 %	18,8 %	13,7 %
70-..	13,9 %	14,2 %	12,2 %
ohne Angaben	0,4 %	0,4 %	0,2 %

Das Durchschnittsalter aller Mitglieder der CDU Deutschlands beträgt 52,8 Jahre. Das Durchschnittsalter der Frauen liegt bei 53,8 und das der Männer bei 52,4 Jahren.

4. Ehrenamtliche Mandats- und Funktionsträger sowie hauptamtliche Mitarbeiter

4.1. Funktionsträger

In der CDU-Deutschlands gibt es 22.767 ehrenamtlich tätige Funktionsträger; davon sind:

- 13.197 Ortsvorsitzende
- 8.740 Kreisvorstandsmitglieder
- 397 Bezirksvorstandsmitglieder
- 465 Landesvorstandsmitglieder
- 46 Bundesvorstandsmitglieder.

4.2. Mandatsträger

Für die CDU-Deutschlands sind auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene insgesamt 53.427 Mandatsträger tätig.

5. Gliederungen

Die CDU-Deutschlands gliedert sich in:

- 17 Landesverbände
- 27 Bezirksverbände
- 429 Kreisverbände
(in 342 Kreisgeschäftsstellenbereichen)
- 13.197 Ortsverbände.

V. Politischer Arbeitskalender

- 26.-28. Oktober 1992 3. Parteitag der CDU Deutschlands in Düsseldorf
4. November 1992 Generalsekretär Peter Hintze startet die bundesweite Asyl-Aktion „Liebe SPD-Mitglieder!“
12. November 1992 Forum „CDU im Dialog: Bundeswehr im Wandel“, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
12. November 1992 Gemeinsame Pressekonferenz der Generalsekretäre von NATO und WEU, Dr. Manfred Wörner und Dr. Wim van Eekelen, mit dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Sicherheitspolitik, Otto Hauser MdB, zum Thema „NATO und WEU als Garanten für die Sicherheit in Europa und der Welt“, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
17. November 1992 Der Bundesfachausschuß Verkehrspolitik verabschiedet einen Beschluß zur „Reform der Verkehrsmarktordnung“ sowie „Zehn Thesen zum Verkehrswegeplan '92“.
- 19.-21. November 1992 Klausurtagung der Grundsatzprogramm-Kommission, Berlin
23. November 1992 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
25. November 1992 Landesgeschäftsführerkonferenz in Bonn
25. November 1992 Der Bundesfachausschuß Innenpolitik verabschiedet eine Entschliebung „Zur Bekämpfung des politischen Extremismus und politisch motivierter Gewalt“.
26. November 1992 Expertengespräch des Bundesfachausschusses Forschung und Technologie: „Forschungsstandort Deutschland – Von der Grundlagenforschung zur angewandten Forschung“, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
1. Dezember 1992 Mit einer Pressekonferenz in Bonn eröffnet Generalsekretär Peter Hintze die zweite Phase der bundesweiten Aktion „Wir machen uns stark für Europa“.
2. Dezember 1992 Pressekonferenz mit Bundesminister Prof. Dr. Klaus Töpfer, Dr. Petra Uhlmann, stellvertretende Vorsitzende des Bundesfachausschusses Umweltpolitik und Umweltministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, sowie Arnold Vaatz, Staatsminister für Umwelt und Landesentwicklung des Freistaates Sachsen, zur Umweltsituation in den neuen Bundesländern

4. Dezember 1992	Veröffentlichung des Beschlusses des Bundesfachausschusses Energiepolitik „Eckpunkte zur Förderung der Akzeptanz von Großtechnologien“
11. Dezember 1992	Sitzung der Kommission „Politik für die Ballungsräume“, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
14. Dezember 1992	Präsidiumssitzung in Bonn
15. Dezember 1992	In einer Pressekonferenz in Bonn erläutert Generalsekretär Peter Hintze die Ergebnisse der Beratungen des Parteipräsidiums über die Arbeitsplanung für das Jahr 1993.
21. Dezember 1992	Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, Dr. Reinhard Göhner MdB, zum Stand der Diskussion in der Kommission und zum Gesellschaftsverständnis der CDU
30. Dezember 1992	In einem Rundschreiben an die Mandats- und Funktionsträger der CDU erläutert Generalsekretär Peter Hintze die Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 1993.
7. Januar 1993	Pressegespräche mit dem Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, Dr. Reinhard Göhner MdB, zum Kapitel „Ökologische und Soziale Marktwirtschaft“ und zur „Rolle und Bedeutung der Kirchen“ im Entwurf des neuen Grundsatzprogramms
14. Januar 1993	Konstituierende Sitzung der Wirtschaftskommission, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
14./15. Januar 1993	Präsidium und Klausurtagung des Bundesvorstands in Windhagen
15. Januar 1993	Pressegespräch mit dem Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, Dr. Reinhard Göhner MdB, zum Entwurf des neuen Grundsatzprogramms
15. Januar 1993	Sitzung der Kommission „Politik für die Ballungsräume“, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
18. Januar 1993	Veröffentlichung des „Leitfadens“ zur Diskussion des Entwurfs für ein neues Grundsatzprogramm
22. Januar 1993	Anhörung des Bundesfachausschusses Verkehrspolitik zum Thema „Verkehrsmanagement“
26. Januar 1993	Präsidiumssitzung in Bonn
3. Februar 1993	Präsidiumssitzung in Bonn
4./5. Februar 1993	Landesgeschäftsführerkonferenz (Klausurtagung) in Eichholz

4./5. Februar 1993	Sitzung der Kommission „Politik für die Ballungsräume“, Berlin
5. Februar 1993	Auf einer Pressekonferenz in Bonn stellt Generalsekretär Peter Hintze die Veröffentlichung vor: „Rechts-Rock und Skin-Magazine – eine Dokumentation gegen Gewalt und Menschenverachtung“
6. Februar 1993	Sitzung der Wirtschaftskommission, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
9. Februar 1993	Präsidiumssitzung in Bonn
9. Februar 1993	Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Medienpolitik, Bernd Neumann MdB, stellt das Positionspapier „Eindämmung der Gewalt im Fernsehen“ vor.
11. Februar 1993	Expertengespräch des Bundesfachausschusses Forschung und Technologie und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema „Forschungsstandort Deutschland - Von der Grundlagenforschung zur angewandten Forschung“, Bonn
15.-17. Februar 1993	„Aktion Landwirtschaft“ der Agrarkommission in der Uckermark/Brandenburg mit zentraler Experten-Anhörung, Betriebsbesichtigungen und zwei Bauernversammlungen in Templin und Görzitz
18. Februar 1993	Veröffentlichung des Beschlusses „Umweltpolitik in Europa“, den der Bundesfachausschuß Europapolitik in Abstimmung mit dem Bundesfachausschuß Umweltpolitik erarbeitet hat
25. Februar 1993	Veröffentlichung einer Entschließung des Bundesfachausschusses Innenpolitik „Zur Zukunft des Zivilschutzes und des Technischen Hilfswerkes“
26. Februar 1993	Sitzung der Kommission „Politik für die Ballungsräume“, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
4./5. März 1993	Bildungspolitischer Kongreß der CDU Deutschlands in Wiesbaden: „Zur Verantwortung erziehen; Bildung - Schlüssel zur Zukunft“
7. März 1993	Kommunalwahl in Hessen
8. März 1993	Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
9. März 1993	Landesgeschäftsführerkonferenz in Bonn
10. März 1993	Konstituierende Sitzung der Bundesfinanzkommission, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
22. März 1993	Pressekonferenz mit Generalsekretär Peter Hintze, dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Außenpolitik, Elmar Brok MdEP, und dem stellvertretenden Ausschußvorsitzenden Dr. Friedbert Pflüger MdB, zum Thema: „Maßnahmen gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen“

25. März 1993 „Eindämmung der Gewalt im Fernsehen“ - Medienpolitisches Forum der CDU in Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
29. März 1993 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn: Verabschiedung des Leitantrages zur Bildungspolitik an den 4. Parteitag
29. März 1993 Konstituierende Sitzung der Kommission „Innere Sicherheit“, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
30. März 1993 Die Vorsitzende des Bundesfachausschusses Familienpolitik, Maria Michalk MdB, stellt ein Positionspapier zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor.
31. März 1993 Wilhelm Staudacher beendet seine Tätigkeit als Bundesgeschäftsführer der CDU.
19. April 1993 Sitzung der Kommission „Innere Sicherheit“, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
19. April 1993 Sitzung der Agrarkommission, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
20. April 1993 Präsidiumssitzung in Bonn
21. April 1993 Sitzung der Bundesfinanzkommission, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
21. April 1993 Sitzung der Wirtschaftskommission, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
22. April 1993 Die Vorsitzende des Bundesfachausschusses Frauenpolitik, Dr. Maria Böhmer MdB, stellt die Dokumentation „Frauen in den neuen Bundesländern“ vor.
23. April 1993 Veröffentlichung der Dokumentation: „Zeit zum Aufklaren – Engholm und die Kieler Schulbladenaffäre“
26. April 1993 Landesgeschäftsführerkonferenz (Klausurtagung) in Bonn
30. April 1993 Anhörung des Bundesfachausschusses Verkehrspolitik zum Thema „Aktueller Stand der Bahnstrukturreform“
3. Mai 1993 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn: Verabschiedung des Leitantrages zur Inneren Sicherheit an den 4. Parteitag
5. Mai 1993 Veröffentlichung des 2. Materialheftes zur Begleitung der Grundsatzprogramm-Diskussion: „Zahlen, Daten, Fakten, Prognosen“
6. Mai 1993 Teilnahme des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik an der Eröffnung der Investorenbörse der Treuhandanstalt in Leipzig

11. Mai 1993 In einer Pressekonferenz in Bonn erläutern Generalsekretär Peter Hintze und Bundesminister Rudolf Seiters den vom Bundesvorstand verabschiedeten Leitantrag an den 4. Parteitag: „Kriminalität entschlossen bekämpfen – Innere Sicherheit stärken“.
12. Mai 1993 Sitzung der Bundesfinanzkommission, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
12. Mai 1993 Veröffentlichung des 3. Materialheftes zur Begleitung der Grundsatzprogramm-Diskussion: „Die CDU und das 'C'“
14. Mai 1993 Sitzung der Kommission „Politik für die Ballungsräume“, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
17. Mai 1993 Pressegespräch des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, Dr. Reinhard Göhner MdB, zum „Umbau des Sozialstaates“ und zur Bedeutung der Grundwerte am Beispiel der „Pflegeversicherung“ und „Selbstbeteiligung bei der Lohnfortzahlung“
24. Mai 1993 Diskussion des Bundesfachausschusses Gesundheitspolitik mit Vertretern von Selbsthilfegruppen, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
27. Mai 1993 In einem Pressegespräch in Bonn zum Thema „Globale Entwicklungs- und Umweltpartnerschaft ein Jahr nach Rio“ stellen der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik, Hans-Peter Repnik MdB, und der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Umweltpolitik, Kurt-Dieter Grill MdL, auch die „Eine-Welt-Aktion 1993“ der CDU vor.
28. Mai 1993 3. Umweltforum der CDU Deutschlands und Umweltbeauftragtenkonferenz in Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
7. Juni 1993 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn: Verabschiedung des Antrages an den Bundesausschuß: „Thesen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“
8. Juni 1993 Präsidiumsgespräch mit der Deutschen Bischofskonferenz
8. Juni 1993 Landesschatzmeisterkonferenz, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
8. Juni 1993 Sitzung der Bundesfinanzkommission, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
9. Juni 1993 Pressegespräch des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, Dr. Reinhard Göhner MdB, zum Stand der Diskussion über den Entwurf des neuen Grundsatzprogramms

14. Juni 1993 Konstituierende Sitzung der Kommission „Staatsangehörigkeitsrecht“, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
14. Juni 1993 Bildungspolitische Anhörung des Bundesfachausschusses Kulturpolitik in Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
14. Juni 1993 In einem Pressegespräch in Bonn stellt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Außenpolitik, Elmar Brok MdEP, die beiden Beschlüsse „Leitsätze der China-Politik Deutschlands“ und „Forderungen zur deutschen und europäischen Politik gegenüber dem Maghreb“ vor.
15. Juni 1993 In einer Pressekonferenz in Bonn erläutern Generalsekretär Peter Hintze und Bundesminister Prof. Klaus Töpfer den Antrag des Bundesvorstandes „Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“.
17. Juni 1993 Landesgeschäftsführerkonferenz (Klausurtagung) in Bonn
18. Juni 1993 Präsidium und Bundesausschuß in Bonn, Konrad-Adenauer-Haus: Verabschiedung der „Thesen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“
18. Juni 1993 Konstituierende Sitzung der Kommission „Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Schutz des ungeborenen Lebens“, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
19. Juni 1993 Rechtspolitische Fachtagung „Recht sichert die Freiheit“, Schwerin
21. Juni 1993 Fachkongreß „Gesund durch Sport im Alter“, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
21. Juni 1993 Fachtagung des BFA Entwicklungspolitik in Erfurt zum Thema „Entwicklungspartnerschaft in der Einen Welt - Haben wir die richtigen Strategien?“
21. Juni 1993 Gespräch des Bundesfachausschusses Städte- und Wohnungsbau mit Vertretern der Spitzenorganisationen der privaten und öffentlichen Bausparkassen zur Wohnungssituation in den neuen Ländern
24. Juni 1993 Gemeinsame Sitzung der Bundesfinanzkommission mit den Schatzmeistern der Landesverbände und Bundesvereinigungen, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
- 25./26. Juni 1993 „Freiheit und Verantwortung“ - Grundsatzprogramm-Kongreß in Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

30. Juni 1993 „Europa wächst zusammen“ - Pressekonferenz mit Valérie Giscard d'Estaing, Präsident der UDF, Generalsekretär Peter Hintze und dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Europapolitik, Bernhard Sälzer MdEP, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
1. Juli 1993 Sitzung der Kommission „Staatsangehörigkeitsrecht“, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
5. Juli 1993 Präsidiumssitzung in Bonn: Mit Zustimmung des Präsidiums bestellt Generalsekretär Peter Hintze den Oberkreisdirektor des Rheinisch-Bergischen Kreises, Hans-Joachim Reck, zum neuen Bundesgeschäftsführer der CDU.
5. Juli 1993 „30 Jahre Deutsch-Französisches Jugendwerk“ - Pressegespräch mit dem Vorsitzenden der Bundesfachausschusses Europapolitik, Bernhard Sälzer MdEP, und dem Generalsekretär des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, Gert Hammer
- 6./7. Juli 1993 Regionale Wirtschaftskonferenz des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik und des CDU-Kreisverbandes Rudolstadt mit Betriebsbesichtigungen in Rudolstadt, Unterwellenborn, Kahla und Jena
14. Juli 1993 Präsidiumsgespräch mit dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland
16. Juli 1993 Klausursitzung der Grundsatzprogramm-Kommission, Bonn
21. Juli 1993 Veröffentlichung des 4. Materialheftes zur Begleitung der Grundsatzprogramm-Diskussion: „Gesellschaftspolitik“
23. Juli 1993 Pressekonferenz mit Generalsekretär Peter Hintze, Ottie Geschka MdL (Rüsselsheim), Georg Lewandowsky MdL (Kassel) und Dietrich Möller MdL (Marburg) zu den CDU-Gewinnen bei den Oberbürgermeister-Wahlen in Hessen
- 27./28. August 1993 Klausursitzung der Grundsatzprogramm-Kommission, Königswinter
30. August 1993 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
30. August 1993 Sitzung des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission der Bundespartei, Dr. Reinhard Göhner MdB, mit den Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommissionen der Landesverbände
2. September 1993 Veröffentlichung des 5. Materialheftes zur Begleitung der Grundsatzprogramm-Diskussion: „Wirtschaftsstandort Deutschland: Chancen nutzen – Zukunft gestalten!“

7. September 1993	Veröffentlichung des 6. Materialheftes zur Begleitung der Grundsatzprogramm-Diskussion: „Deutschlands Verantwortung in Europa und in der Welt“
8. September 1993	Präsidiumssitzung in Bonn
10. September 1993	Besuch des Bundesfachausschusses Verkehrspolitik beim ICE-Betriebswerk in Hamburg
12. September 1993	Präsidium und Bundesvorstand in Berlin
13./14. September 1993	4. Parteitag der CDU Deutschlands in Berlin

Anhang

Neue Informations- und Werbemittel

Im Berichtszeitraum hat die Bundesgeschäftsstelle folgende neuen Informations- und Werbematerialien herausgegeben:

Zur Grundsatzprogramm-Diskussion:

- Eine Broschüre und eine Zeitung mit dem Text des Grundsatzprogramm-Entwurfs
- Materialien 1: Leitfaden zur Diskussion
- Materialien 2: Zahlen, Daten, Fakten, Prognosen
- Materialien 3: Die CDU und das „C“
- Materialien 4: Gesellschaftspolitik
- Materialien 5: Wirtschaftsstandort Deutschland – Chancen nutzen – Zukunft gestalten!
- Materialien 6: Deutschlands Verantwortung in Europa und in der Welt
- Wandzeitung
- Reprovorlagen
- Rahmenflugblatt
- Rahmenplakat

Zur Mitgliederwerbung:

- Leitfaden
- „Die Bedeutung der Senioren für die CDU – Analyse und Vorschläge zur Ansprache der älteren Generation durch die CDU“
- „Frauen im geeinten Deutschland – Informationen zur Zielgruppenarbeit mit Frauen“
- „Jugend im geeinten Deutschland – Informationen zur Zielgruppenarbeit mit jungen Menschen“
- Wandzeitung „Schnupperhund“
- Pin „Schnupperhund“
- Faltkarten-Vordrucke für „Schnuppermitgliedschaften“ mit individuellen Eindrücken
- Ausweise für „Schnuppermitglieder“

Zur „Eine-Welt-Aktion '93“:

- Aktionsleitfaden
- Broschüre
- Wandzeitung

Zur Bildungspolitik:

- Dokumentation „Humane Leistungsschule“
- Broschüre: „Zur Verantwortung erziehen“
- Leitfaden Bildungspolitik

Broschüren:

- Dokumentation „Wir gewinnen mit Europa“
- Dokumentation „Gemeinsam handeln für Deutschland“
- Dokumentation „Zeit zum Aufklaren – Enghokm und die Kieler Schubladenaffäre“
- Dokumentation „Kriminalität entschlossen bekämpfen“
- Dokumentation „Das neue Asylrecht“

Zum 3. Parteitag der CDU in Düsseldorf:

Grundsatzrede

Helmut Kohl: „Wir gewinnen mit Europa“

Bericht des Parteivorsitzenden

„Die innere Einheit – Aufgabe und Chance für alle Deutschen“

Beschlüsse (mit Einführungsreferaten)

- Volker Rühle/Renate Hellwig: „Gemeinsam Verantwortung in Europa und der Welt wahrnehmen“
- Karl Lamers: „Wie wir uns Europa denken“
- Horst Köhler/Christa Thoben: „Harte Währung stark im gemeinsamen Markt“
- Heinz Eggert: „Grenzüberschreitende Verbechensbekämpfung“
- Rudolf Seiters: Asylpolitik

Werbemittel:

- Reflektor-Bärchen
- Pin „Politik weiblich“
- Europa-Bleistift
- Schnellverschlüsse für Gasballons
- Europa-Kalender
- Europa-Fußball
- Europa-Sonnenschirm

Wandzeitungen

- „Liebe SPD-Mitglieder!“ (auch als Plakat)
- „Wir stehen zusammen gegen Haß und Gewalt“
- Solidarpakt
- Grundsatzprogramm
- „Eine-Welt-Aktion '93“
- „Schnupperhund“
- Weihnachten
- 17. Juni
- Menschenwürde
- „Einen schönen Urlaub“

